17°C

Zeitung für den Rest

Nummer 1/I. Quartal 1991/4,50 DM



Laßt alle Hoffnungen fahren!

Mit der Wahl unseres Namens scheinen wir erfolgreich für Verwirrung gesorgt zu haben. Fast alle möglichen Reaktionen, von "Na endlich" bis hin zu den wüstesten Verschwörungstheorien, waren vertreten. Wir wollen an dieser Stelle deshalb nochmal ein paar Worte zu unserer Existenz verlieren:

"Wir" sind ein Häufchen versprengter Einzelpersonen aus ziemlich verschiedenen Ecken der ehemaligen radikalen Linken. Verschieden in dem doppelten Sinn, daß wir unterschiedliche Geschichten, Ansätze, Haßlieben usw. haben und, daß die meisten der Gruppen, in denen wir diese entwickelt haben, inzwischen verschieden sind. Wir sind der Diskussionszusammenhang "Redaktion 17°C".

Der Name 17°C ist, wie die meisten sehr richtig festgestellt haben, ungemein aussagekräftig. Daß dem so ist, liegt u. a. daran, daß wir weder das Programm einer bestimmten Gruppe vertreten, geschweige denn für uns als Redaktion in Anspruch nehmen, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Fest steht für uns nur, daß der Weg der Linken in das gegenwärtige Debakel der Untersuchung und die inhaltlichen Positionen der Linken radikaler Kritik bedürfen.

Was die Unterzeile "Zeitung für den Rest" betrifft, könnten wir das Bild des Leichenwagens bemühen, der in den Zeiten der Pest über die Dörfer zog und alles auflud, was er an Kadavern und Dahinsiechenden ergattern konnte. So ähnlich sehen wir unsere Situation, nur sind wir nicht sicher, was wir letztendlich kriegen werden. Bleibt noch zu klären, was wir mit der 17°C eigentlich wollen.

Unser Ziel ist die Auseinandersetzung über das "Ob" und "Wie" der Perspektiven und Möglichkeiten radikaler, außerparlamentarischer, vielleicht sogar revolutionärer Politik in Deutschland. Wenn wir uns umsehen, entdecken wir in erster Linie Brüche: Verhältnisse, die uns als Grundlage galten, bestehen nicht mehr; Menschen, die wir für GenossINNen hielten, entpuppen sich als nationalistische Überflieger. Wir werden diese Gräben nicht zuschaufeln, und wir werden auch nicht einfach anfangen uns da, wo wir jetzt sind technisch neu zu organisieren. An einer "Stunde Null" haben wir kein Interesse.

Organisation ist für uns mehr als nur die Frage der technischen Verbesserung von "Strukturen". Organisation ist vor allem die Frage der Organisation von Inhalten und Bewußtsein in den Köpfen und die Frage nach Sinn und Möglichkeit einer solchen Organisation. In diesem Sinne wollen wir eine Auseinandersetzung über gesellschaftliche Theorie und Praxis (soweit, wie sie sich hier führen läßt).

Spaltung der "Radikalen Linken" (RL), wie das als ängstlicher Vorwurf kam, ist unsere Sache nicht. Das liegt allerdings nur daran, daß es keine wie auch immer geartete Einheit der Linken — und sei sie noch so atomisiert und minimalistisch — gibt, die wir spalten könnten.

Zu dieser und den folgenden Ausgaben: In der Nr. 2 werden wir das Thema "Linke und Nationalismus" weiterführen, u. a. mit einer ausführlicheren Einschätzung des APO-Kongreßes in Hamburg.

Gastartikel können uns jederzeit zugesandt werden. Sollten diese bereits in anderen Publikationen veröffentlicht worden sein, versteht sich ein entsprechender Hinweis. Gegebenenfalls nehmen wir mit Euch Kontakt auf. Auch eine begründete Ablehnung von Manuskripten liegt im Bereich des Möglichen.



die Redaktion

Wissen, wann es Zeit ist zu gehen

"Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln." (Clausewitz, 1990)

Am 03. 10. 1990 hat Deutschland den II. Weltkrieg wieder eröffnet. Mit der vollständigen Annexion der DDR hat die deutsche Politik das wichtigste Kriegsergebnis — die Zerschlagung des dritten Reiches — für null und nichtig erklärt. Damit wurde auf materielle Füße gestellt, was revisionistische Geschichtsschreiber in Faschismusdebatte und Historikerstreit seit Kriegsende im Geiste vorbereitet haben. Weder innerhalb noch außerhalb Deutschlands hat es nennenswerten Protest gegen diese "Korrektur der Geschichte" gegeben. Es ist daher nicht zu erwarten, daß die deutsche Politik den Krieg für beendet erklären wird, solange Gdansk noch Gdansk und Kaliningrad noch Kaliningrad heißt. Zur offensichtlichen Überraschung aller Beobachter kamen die deutschen Siegesfeiern ohne nächtliche Fackelzüge und Aufmärsche paramilitärischer Horden aus. "Schön, daß alles so friedlich war" lautet der einheitliche, selbstentlarvende Kommentar. Also doch alles in Ordnung? Tatsache ist, daß es in Deutschland 1990 im Gegensatz zu 1933 keine linke Opposition gibt, die inhaltlich oder personell so bedeutsam ist, daß sie gleich am ersten Tage und mit anderen Mitteln als den sogenannten "rechtsstaatlichen" ausgelöscht werden müßte. Regierung, Staatsvolk und Opposition — parlamentarische wie außerparlamentarische — sind sich über die Existenz des Hirngespinsts der "immerwährenden deutschen Nation" vollkommen einig. Diese Einigkeit geht soweit, daß sie sich gegenseitig die Köpfe darüber einschlagen, wessen Deutschland das bessere sei. Der parlamentarischen "Opposition" braucht ihr Nationalismus nicht nachgewiesen zu werden. Sie meint was sie sagt, wenn sie von dem "Neuen Weg", dem "Anderen Deutschland" oder dem "Getriebe im Sand der Regierung" spricht. Und sie ist stolz drauf, auch wenn sie gerne mehr für Deutschland (in ihrem Sinne) tun würde. "Opposition" ist kein politischer, sondern ein räumlicher Begriff im Reichstag, der alle Schmollwinkel außerhalb der Regierungsbank bezeichnet, auf denen über "Auferstanden aus Ruinen" vs. "Deutschland, Deutschland über alles" debattiert werden darf. Wenn ihr 's immer noch nicht getan habt oder aus romantischen Anflügen wankelmütig wurdet, dann vergesst sie endlich, die deutschen Parlamentarier.

Schwieriger ist es mit der außerparlamentarischen Opposition. Nicht, weil sie weniger nationalistisch wäre, im Gegenteil. Die Schwierigkeit liegt darin, daß sie einerseits fühlt (bestenfalls weiß), daß Nationalismus irgendwie ja nicht gut ist, andererseits aber so davon überzeugt ist, das Schöne, Wahre und Gute (Deutschland) zu verkörpern, daß sie schlußendlich der Meinung ist, gegen Nationalismus (oder zumindest das Schlechte darin), immun zu sein. Diese Kritik trifft vor allem auf unsere autonomen GenossINNen zu. Der sympathischste Zug der Autonomen war über lange Jahre ihr sektiererisches Scheißen auf jede Massenbasis, wann immer diese zu Lasten der Radikalität gegangen wäre. Was früher ein Vorteil hätte werden können, fällt den Autonomen von heute auf die Füße; die so geheiligte Radikalität besteht nicht mehr im Bewußtsein, sondern nur noch in der Aktion, und beides wird miteinander verwechselt. Noch vor Jahresfrist verkündeten die Autonomen, die Krise der Linken sei nicht ihre, das Bewußtsein fest und revolutionär wie immer, als sie bei Öffnung der Grenzen schon verdächtig anfingen zu "menscheln". "Wenn Grenzen fallen, ist das doch immer gut für die Menschen, eh." Oder: "Was ist denn schlecht wenn die Menschen die da 40 Jahre eingesperrt waren jetzt endlich selbst bestimmen können, wohin sie reisen?" Mehr als eine Verdoppelung ihrer Wirklichkeiten (Kreuzberg wird größer) und damit Möglichkeiten mochten die Autonomen in "Deutschland" nicht sehen. Ein Jahr später sind sie, die sich um Klassenanalyse einst einen Dreck scherten, mangels dieser und mangels Bewußtsein beim "Verständnis für die berechtigten Ängste der Bevölkerung" (Entwurf zum Aufruf für die HHer Anti-Wahl-Demo am 02. 12. 90) als Bezugspunkt ihrer "Radikalität" geendet. Aber auch viele der vermeintlich bewußteren "radikalen Linken", die noch im Frühjahr mit uns auf die Straße gingen, sind heute der Überzeugung, "Nie wieder Deutschland" hätte sich nur auf die "Wiedervereinigung" bezogen, und gegen die könne mensch jetzt, angesichts ihrer Verwirklichung, ja nicht mehr sein; es sei jetzt an der Zeit, wieder richtige (konstruktive) Politik zu machen. Genau dieser Haltung, die vor der "Realität" auf die Knie geht, haben wir doch unsere gegenwärtige Position zu verdanken. Eine Position, in der wir uns entscheiden müssen, ob wir mitmachen in Deutschland, oder ob wir nicht-mitmachen-wollen. (Dazwischen gibt es nix, wie Holger zu sagen pflegte).

Aus der unbestreitbar großen Zahl von Kämpfen, Kampagnen und militanten Auseinandersetzungen, die die außerparlamentarische Linke in den letzten zwanzig Jahren in der BRD und gegen sie geführt hat, ergibt sich notwendig die Frage: Wenn diese Kämpfe sich tatsächlich gegen die BRD als Staat/System gerichtet haben und nicht immer nur gegen Teile davon, warum ist dann keine Opposition der Gesamtheit der außerparlamentarischen Linken gegen Deutschland in allen möglichen Formen entstanden? Uns graut ein wenig vor der Antwort.

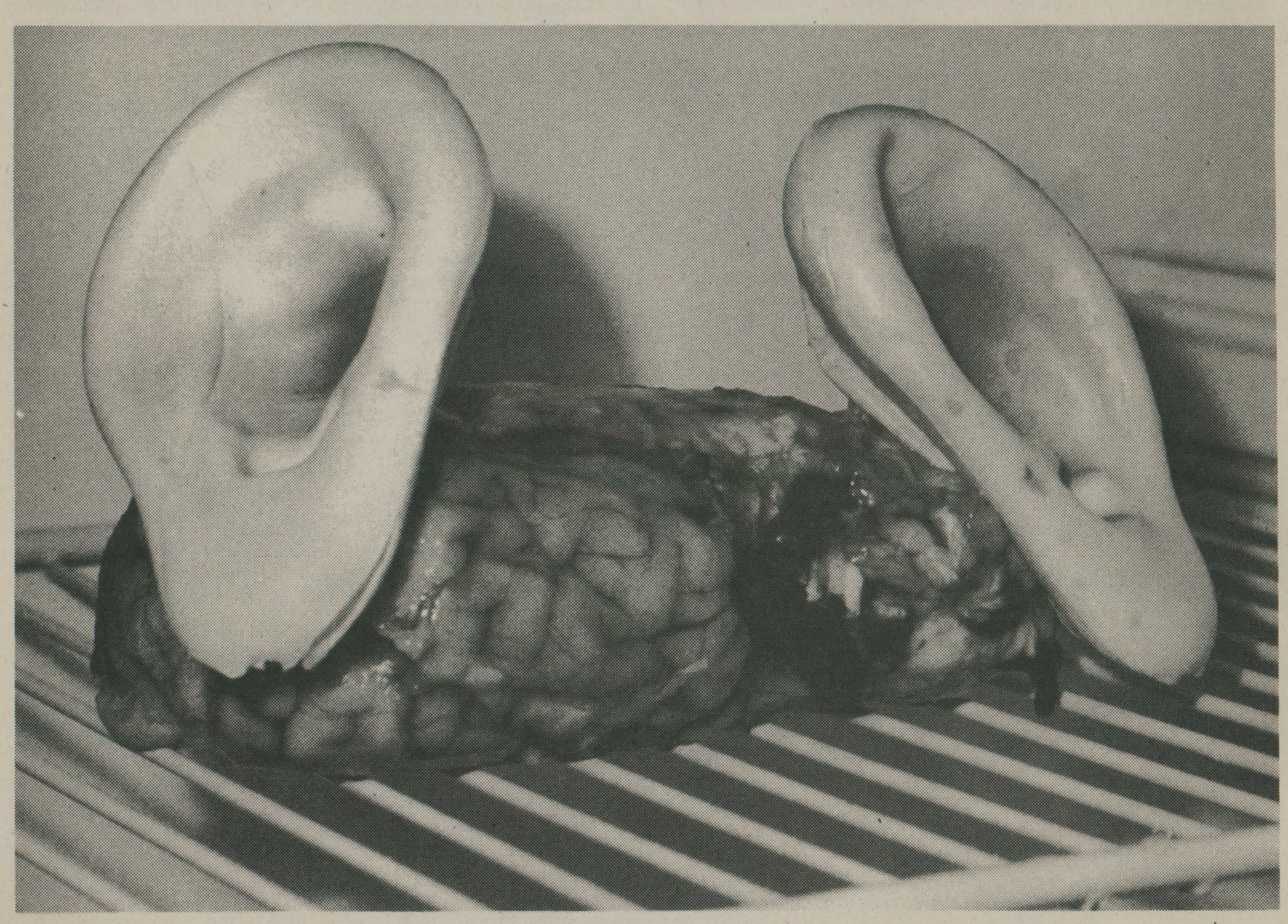
Unsere kategorische Weigerung, mitzumachen in "Deutschland", sei es sieg-heilend oder ganz unwahrscheinlich kritisch und betroffen, schließt die Weigerung mit ein, das schlechte Gewissen einer Nation zu spielen. Eine Linke, die hier das "bessere Deutschland" repräsentieren will, das vom "bösen Deutschland" unterdrückt wird, nimmt damit jenes historische "deutsche Opfer-Verständnis" ein, die alle Opfer realer deutscher Politik Unsere Position bezieht sich nicht auf die Mahnung oder Angst vor einer möglichen

Wiederholung des III. Reiches. Die gegenwärtige Entwicklung hält zwar auch eine solche Richtung offen; wenn wir uns nur auf die Vergangenheit beziehen, verschließt uns das jedoch den Zugang zu allem, was neu ist in dieser Entwicklung. Die politische, ökonomische und personelle Kontinuität zum Nationalsozialismus ist die Existenzgrundlage der BRD gewesen. Auf dieser Grundlage ist inzwischen vieles an repressivem Eigencharakter entwickelt worden, und es ist äußerst unwahrscheinlich, daß es statt der Weiterentwicklung einen Rückschritt zum "historischen Nationalsozialismus" geben wird. Die bloße Suche nach Kontinuität kommt daher der Suche nach Nägeln im Misthaufen gleich. Eine Analyse, die den Nationalsozialismus nicht als historische Grundlage, sondern als angestrebtes Ziel begreift (IV. Reich = III. Reich = schlimmste mögliche Entwicklung), ist ziemlich beschränkt und rückwärtsgewandt. Wir sehen hier die Gefahr, daß jeder Zustand, der dem schlimmsten angenommenen nicht 100%ig entspricht, gleich als "gut" mißverstanden wird. Das kann dazu führen, daß die heutige BRD auf einmal als paradiesähnlicher Zustand der verwirklichten Demokratie begriffen und verteidigt wird (in Abgrenzung zur möglicherweise schlechteren Zukunft).

Die repressiven Eigenleistungen der BRD sind ebensowenig der Grund unserer Haltung. Angesichts der Europäisierung des gesamten Unterdrückungsapparates wäre das auch ziemlich lächerlich. Wir weigern uns, ohne genaue Analyse unsere Haltung daraus abzuleiten, daß hier irgendetwas "besonders schlimm" sei. Was wir hier vorfinden, reicht uns auch so zur vollkommenen Ablehnung dieses Zustands "Deutschland" und aller daraus möglichen Weiterentwicklungen. Der "besondere Nationalcharakter" der Deutschen, der vielen der eher fühlenden als analysierenden Linken jetzt Angst macht, ist genau wie alle anderen "Nationalcharaktere" eine historisch gewordene Besonderheit. Aus dieser Angst heraus der Einfachheit halber einen biologisch veranlagten, besonders gefährlichen "Nationalcharakter der Deutschen" zu behaupten, heißt nur, endlich den völkisch-biologistischen Brei der Neuen Rechten nachzublubbern und ist deshalb falsch. Wenn hier etwas besonders schlimm oder gefährlich ist, dann aufgrund bestimmter geschichtlicher Entwicklungen, die durch einfache Betrachtung entmystifiziert werden können. Was also ist so bedrohlich an diesem Prozeß? Wir haben in unserer vorläufigen Diskussion versucht, die Dynamik dieses Prozesses unter vier verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten, dem historisch-politischen, dem ökonomischen, dem soziologischen und psychologischen. Allerdings haben sich alle diese Punkte immer wieder als untrennbar miteinander verknüpft erwiesen. Was wir hier leisten können, wird eine skizzenhafte, unfundierte Analyse bleiben. So bruchstückhaft, wie wir es hier vermitteln werden, ist auch unser Diskussionsstand.

Geschichte

Historisch gesehen haben wir es seit der Jahrhundertwende mit einem "Bürgerkrieg" zwischen zwei gesellschaftlichen Modellen zu tun, die sich auf unterschiedliche Klassen bezogen, nämlich Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Dieser Klassenkonflikt wurde — für Deutschland bereits durch den Nationalsozialismus — international durch den zweiten Weltkrieg unterbrochen, um in der Folgezeit — "Kalter Krieg" — zur Bewegungslosigkeit eingefroren zu werden. Bewegung kam in die erstarrten Fronten wesentlich erst durch die jüngsten und jüngeren Ereignisse in der UdSSR und den Warschauer-Pakt-/RGW-Staaten. Im Gegensatz zu vielen Linken, vor allem aus der trotzkistischen Ecke, weigern wir uns, diese



Entwicklung mit dem Brecheisen zurechtzubiegen. Daß sich geschichtliche Verhältnisse ändern, bedeutet für uns nicht, daß sich daraus historische Chancen für die Linke quasi von selbst ergeben werden. Wir sind weder fortschrittsgläubig noch orthodox genug, um in der "Bewegung an sich" etwas Positives zu sehen. Bewegung darf nicht losgelöst von ihrer Richtung und ihren Inhalten betrachtet werden, und so wie es im Moment aussieht, bestimmen wir diese Inhalte nicht. Der Charakter dieser Bewegung — die Kapitulation des "real existierenden Sozialismus" — hat gerade nicht zu einer Wiederbelebung des Konfliktes geführt, sondern zu seiner vorläufigen Lösung; diese äußert sich in einem ungeheuren Legitimationsschub für den Kapitalismus, der, trotz aller Krisen, "vierzig Jahre lang Recht gehabt hat". Ohne uns in irgendeiner Form positiv auf den "real existierenden Sozialismus" zu beziehen: Mit dem Verschwinden des gesellschaftlichen Konflikts könnte in den Industrienationen längerfristig auch der Gedanke an irgendeine sozialistische/kommunistische Alternative zum Kapitalismus verschwunden sein. Alternativ dazu scheint sich im Moment nur das Spannungsverhältnis islamischer Fundamentalismus vs. Kapitalismus aufzubauen (was das für die europäische Linke bedeutet, wäre getrennt zu diskutieren).

Entwicklung und Leistung der Bourgeoisie in der BRD

Wesentlichster Punkt scheint uns hierbei zunächst die innere Bewältigung des Klassenkonflikts zu sein. Die nationale Bourgeoisie fand hier ideale Bedingungen zur Durchsetzung ihrer Interessen vor: Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse waren bereits im Nationalsozialismus in die volksgemeinschaftliche Deutsche Arbeitsfront überführt worden, bzw. da, wo sie Widerstand leisteten, gründlich zerschlagen worden. Über so entscheidende Punkte wie die Stellung zum "Fetisch Arbeit" hatte zwischen Nationalsozialisten und linker Arbeiterbewegung ohnehin nie ein Widerspruch bestanden. Das "Recht (eines jeden Deutschen) auf Arbeit" gehört bis heute als ernstgemeinte Forderung in die meisten kommunistischen Programme. Nach Kriegsende wurden alle Ansätze zu autonomer Organisation und Interessenvertretung (Antifa-Ausschüsse, lokale Gewerkschaften) der Arbeiterklasse von deutschen Parteien und Behörden und den Alliierten im Ansatz unterdrückt. Mit dem DGB wurde anschließend ein Organisationsmodell zur Aufrechterhaltung des "sozialen Friedens" geschaffen, das seine vorläufige Perfektion im "Modell Deutschland" der SPD erfuhr; dieselbe Funktion, die im III. Reich die "Volksgemeinschaft" nach innen und außen erfüllte — die Überwindung der Klassengegensätze — übernahm in der BRD die "Sozialpartnerschaft".

Ein zweiter, wichtiger Punkt war die Verarbeitung des Nationalsozialismus in den beiden entstehenden deutschen Gesellschaften. Die Frage nach der Verantwortung am Nationalsozialismus wurde in beiden Fällen als Alternative "Führung oder Volk" gestellt und entsprechend des eigenen Interesses beantwortet. Die Sowjets und die Reste der KPD orientierten sich an Stalins "Outlaw-Theorie". Diese ging davon aus, daß etwa 20 000 Deutsche aus Politik, Wirtschaft, NS-Organisationen und — vor allem — aus dem Offizierskorps der Wehrmacht verantwortlich für den Faschismus und daher sofort zu liquidieren seien. Dieser Ansatz wurde leidlich konsequent verfolgt, und alle, die das Glück hatten, nicht unter den "Outlaws" zu landen, wurden in Ruhe gelassen. Solange sie spurten zumindest. Im Gegensatz dazu erfaßte die in den 3 Westzonen begonnene "Entnazifizierung" potentiell die gesamte Bevölkerung, wodurch es in Gesamtumfang und -strafmaß der Verfahren zu einer Ungleichverteilung zwischen den hohen Chargen des NS (Krupp, Flick) und den sich selbst so verstehenden "kleinen Leuten" kam, zumal die ehemaligen NS-Größen aufgrund ihrer Bedeutung für den "Wiederaufbau" nur Bruchteilchen ihrer Strafen abzusitzen hatten. Mit der Übergabe der Entnazifizierungsverfahren an die deutsche Justiz ging, welch' Wunder, ganz schnell die Einstellung dieser lästigen Angelegenheit einher. Der Preis, der hierfür nur allzu gerne an die Alliierten entrichtet wurde, war ein fanatisches Einschwenken auf deren antikommunistische Linie. Der Antibolschewismus blieb, quasi in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches, als Basis der offiziellen Politik bestehen. Innenpolitisch steht dafür die Repression gegen KommunistInnen — Höhepunkt KPD-Verbot — und die Verwirklichung eines antisozialistischen Konsens über den "Fetisch Arbeit" (Hier: Wiederaufbau, Vollbeschäftigung = Wunder). Das damalige KPD-Verbot erscheint aus heutiger Sicht übrigens als einigermaßen widersprüchlich: Die KPD behauptete damals militant einen nationalistischen Standpunkt ("Für deutsche Einheit und Neutralität"). Außenpolitisch fand dies seinen Ausdruck in der Hallstein-Doktrin, die keinen diplomatischen Kontakt mit Ländern zuließ, die ihrerseits Beziehungen zur DDR unterhielten, in der Präambel des Grundgesetzes (zzgl. Art. 23 und Art. 146 GG), die die Auflösung der DDR zum obersten Ziel erklärte, in der Einrichtung der Bundeswehr, im Beitritt zu WEU, NATO und EG, um nur einige Punkte zu nennen. Im Schatten des weltpolitischen Geschehens (Selbstbeschreibung BRD: ökonomisch ein Riese, politisch ein Zwerg), in dem die anderen westlichen Industrienationen ihre imperialistischen und kolonialistischen Kriege militärisch ausfochten, konnte sich die BRD zu einer der soziologisch modernsten und sogar in Zügen aufgeklärtesten Gesellschaften entwickeln. In keiner der führenden Industrienationen wurden Bewußtseinsformen und Begriffe des sozialen Konflikts so gründlich getilgt wie im "Modell Deutschland" der SPD. Rassismus, Nationalismus und interne ethnische Konflikte als einzelne Momente der Krisenerscheinung mögen in anderen Ländern viel ausgeprägter sein als in der augenblicklichen BRD. Was den besonderen Charakter der Ereignisse hier ausmacht, ist unserer Meinung nach das modellhafte. Hier schluckt zum ersten Mal ein Gesellschaftsmodell ein komplettes anderes, ohne daß es, wie im Fall von militärischer Eroberung, zu heftigen Auseinandersetzungen kommt. Die Spannungen, die sich im Verdauungsprozeß ergeben werden, sind in ihren Folgen noch nicht klar abzusehen. Für den Fall aber, daß es zum kollektiven Durchdrehen der ganzen Nation kommt, gibt es aufgrund des beispielhaft vollzogenen sozialen Wandels weder eine nennenswerte Opposition noch einen Punkt, eine bewußtseinsmäßige Bremse, an der eine solche Opposition überhaupt ansetzen könnte.

Politik und Ökonomie

Der Verlauf der Entwicklung in den Ländern des RGW, und damit verknüpft insbesondere in der DDR, hat offenbar nicht nur uns überrascht. Sie als "Durchmarsch" des Imperialismus zu analysieren, halten wir für völlig verkehrt. Einziger "Vorteil" einer solchen Analyse wäre, daß wir uns einmal mehr die kritische Betrachtung einer Entwicklung ersparen, in der den imperialistischen Staaten eher die Rolle der Hyänen zufällt. Die Herrschenden der BRD haben sicherlich mit als erste den Braten gerochen. Mit der inneren Beherrschung des Klassenkonflikts Anfang der 70er ging die "neue Ostpolitik" der SPD einher, die nationale, traditionell

westliche Ressentiments mit kaufmännischem Interesse verband. Die harte "Wiedervereinigung", per Grundgesetz in Rechtsnachfolge des III. Reiches oberstes Ziel der BRD-Deutschlandpolitik, mußte scheinbar immer häufiger hinter ökonomische oder (andere) politische Interessen zurücktreten. Damals wurde diese Wende in der Deutschlandpolitik von den Vereinigungshardlinern in CDU/CSU und NPD noch als "Vaterlandsverrat" gegeißelt. Doch bereits Anfang der Achtziger begannen auch Stammtischnationalisten wie F.J. Strauß einzusehen, daß diese Politik langfristig den Grundstein zur ökonomischen Annexion der DDR legen könnte. Strauß betonte anläßlich des Milliarden-Kredites, daß sich an seiner Grundhaltung nichts geändert habe. Heute ist der "Vaterlandsverräter" Willy Brandt durch Kanzler und Nationalzeitung offiziell rehabilitiert worden, und es ist fast schon Ironie, daß der Zerfall der DDR auf dem Wege eines bundesdeutsch-ungarischen Kuhhandels "Flüchtlinge gegen D-Mark" eingeleitet wurde. Nachdem die "Flüchtlinge" in den BRD-Botschaften und der ständigen Vertretung von seiten der Bundesregierung mehrfach zur Aufgabe aufgefordert worden waren, signalisierte Ungarn die Bereitschaft zur Ausreise gegen Devisen (DM), wohl wissend, wessen Wort etwas gilt in der EG. Die Bundesregierung entschied sich an diesem Punkt, die allgemein instabile Situation in den Staaten des RGW zum politischen Schlag gegen die DDR, d. h. vielmehr die SED, zu nutzen. Wir glauben nicht, daß zu diesem Zeitpunkt bereits die "Wiedervereinigung" das aktuelle Ziel war. Betrachtet mensch den Ablauf der Ereignisse in der DDR mit Blick auf die Haltung der BRD-Regierung und der BRD-Medien, so lassen sich vier verschiedene Phasen feststellen: 1.: BRD erkauft Ausreise der "Flüchtlinge", heizt zur Republikflucht an. 2.: BRD setzt auf die "linke Avantgarde", Bürgerrechtler, Kirche, die in der DDR bleiben will und forciert damit die innere Destabilisierung, die in dieser Phase wohl noch primäres Ziel ist. 3.: BRD setzt kurzfristig auf die neuen Köpfe der SED und verlangt Reformen, Wahlen etc.; sie weiß, daß die SED unter Druck steht und will diesen Druck halten. Gleichzeitig sollen die Kosten gemindert werden, d.h. die DDRler werden aufgefordert, zu bleiben wo sie hingehören und ihren Teil zum Umbau zu leisten. 4.: Die Westparteien klonen sich in der DDR um unmittelbaren Einfluß zu gewinnen. Auch zu diesem frühen Zeitpunkt ist noch ein längerfristiges Nebeneinander zweier kapitalistischer deutscher Staaten in der Diskussion. Dann, im Wahlkampf in der DDR, muß alles plötzlich ganz schnell gehen. Der Wahlkampf Ost ist der Wahlkampf West, alle Beteiligten kochen das nationale Süppchen auf ihre Art auf höchster Flamme. Während die SPD den Fehler macht, sich dabei stärker an den West-WählerInnen zu orientieren (Erhalt der "nationalen" West-Privilegien, Einreisestop-Forderungen etc.), setzt die Union ganz auf Nationalismus. Die DDR-Bevölkerung wird auf die Allmacht der D-Mark eingeschworen, womit ein ganz entscheidender Faktor der nationalen Trennung aufgehoben wird: Trotz offener Grenzen hatten die DDRler mangels Devisen keinen "freien" Zugriff auf das Warenangebot des Westens und konnten/mußten sich so eine kritische Distanz bewahren. Schnell soll es gehen, nicht länger Schlange stehen an der EG-Pforte sollen sie müssen, auch wenn keiner genau weiß, wie und ob sich diese Einverleibung finanzieren und sozial bewältigen läßt. Am wenigsten die kaufmännische bzw. Kapitalfraktion um Bundesbankchef Pöhl, die nichts als Kosten sieht. Mit großen Investitionen im industriellen Bereich sieht es bis dato mager aus: Überall finden Investoren günstigere Bedingungen als dort, Infrastruktur wird überall im Trikont, aber z. B. auch in Irland zum Standort gleich mitgeliefert. Aufgrund der räumlichen Nähe rechnet sich die Errichtung bzw. Übernahme von Zweigwerken in den meisten Fällen nicht. Dennoch setzt sich die nationalistische Fraktion durch, die in einem solchen historischen Moment nicht kleinlich sein will. (Tatsächlich zahlt sich die Einverleibung bis jetzt nur für Grundstücksspekulanten und Konsumgüterindustrie aus.) Für die DDR-Bevölkerung, die in den ersten Umfrage nach der Grenzöffnung als einen Vorzug ihrer Gesellschaft den "großen Gemeinschaftssinn" genannt hat, ergibt sich ein erstaunlicher Wandel. Da "man ja nicht weiß was kommt...", wird kurzfristig die westliche Sichtweise des persönlichen Pechs angenommen, nach dem das, was mit Sicherheit kommen wird und keinesfalls angenehm ist, jedem passieren kann — nur einem selbst nicht, wenn man sich ganz doll anstrengt. So legten sie, wie um zu beweisen, daß sie das Gute am Kapitalismus auch wirklich in vollen Zügen genießen wollen, zunächst einen fanatischen Rettungsbootnationalismus an den Tag. Es wurden nur West-Eier, West-Butter und West-Kartoffeln gekauft, denn Hühner, Kühe und Boden der LPGs könnten, obwohl zweifelsohne "deutsch", noch "sozialistisch" infiltriert sein. (Zur Verteidigung der Brüder und Schwestern sei angemerkt, daß sie sich wenig später durchaus bereit fanden, zum Einkaufen auch nach Polen zu fahren).

Modernisierte Gesellschaft - modernisierter Nationalismus?

Die unverhohlene Offenheit dieses "Rettungsbootnationalismus" hat uns zuerst in ziemliches Staunen versetzt und zugleich die Frage aufgeworfen, worin hier ein Unterschied zum Nationalismus in der BRD besteht. Unsere Grundgedanken dabei waren folgende: Seit Anfang der Achtziger bemüht sich die "Neue Rechte" in der BRD um eine Wiederherstellung des "Deutschen Nationalbewußtseins". Obwohl sie zweifelsohne sehr erfolgreich gearbeitet hat, ist ihr dies hier nicht in dem Maße gelungen, wie sie es heute aus der DDR frei Haus geliefert bekommt. Diese Feststellung und der begleitende Vergleich der Entwicklungen in BRD und DDR könnten den Schluß nahelegen, daß die "Neue Rechte" ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen begann: Am Ende eines "nicht-nationalistischen" Jahrzehnts etwa. Um es vorwegzunehmen: Wir halten diesen Schluß für falsch. Die Unterschiede zwischen der massenhaften traditionellen Form nationalistischen Auftretens in der DDR und dem, was wir hier gewohnt sind, bedeuten beileibe keine Überwindung oder tatsächliche Unterordnung des Nationalismus zugunsten anderer Interessen für die BRD. Unserer Meinung nach hat sich mit dem in der SPD-Ära verwirklichten sozialen Wandel auch der Nationalismus mindestens der bundesdeutschen Mittelschichten gewandelt. In seiner Selbstbeschreibung hat der traditionelle, offen aggressive Nationalismus die "bedrohte, betrogene und geknechtete Volksgemeinschaft" zum Gegenstand. Ein Ziel dieses Nationalismus ist die Verlagerung innerer Spannungen nach außen, indem so getan wird, als herrsche im "Inneren der Nation" vollkommene Interessengleichheit. Diese behauptete Gleichheit bestand traditionell nur im Geiste oder im Erbgut zwischen allen Deutschen. Unserer Meinung nach besteht der Modernisierungsprozeß des Nationalismus in der SPD-Ära in seiner "Materialisierung". Statt der mythischen Geistesgemeinschaft bot die SPD mit ihrem Sozialstaatsgedanken die Illusion der größtmöglichen Teilhabe aller (Bundes-) Deutschen am gemeinsamen Reichtum. Glaubte man früher, wegen seiner Zugehörigkeit zur "deutschen Rasse" etwas besseres verdient zu haben als der Rest der Welt, fand man sich als Teil der "Sozialpartnerschaft" auf einmal im erlesenen Kreis der (weltweit und relativ gesehen) real besserverdienenden. Die deutsche Klaustrophobie des

"Volkes ohne Raum" trat hinter die Erkenntnis zurück, daß "Raum" auch ganzjährig käuflich zu erwerben ist. Eine Bedingung für die Durchsetzung dieses materialisierten Nationalismus wird auch der Bruch in der Altersstruktur der BRD-Gesellschaft sein, der die ehemals mächtigen Vertriebenen-Verbände noch zur Zeit der Wende dazu zwang, den "Bekenntnis-"Schlesier/-Pommern/-Ostpreußen etc. einzuführen (mit zunächst äußerst mäßigem Erfolg). Die "Neue Rechte" und die Unionsparteien gaben ihr Bestes, um das "Deutsche Nationalbewußtsein" wiederzubeleben. Erfolg damit hatten sie jedoch erst, als die "Modernisierer", also SPD, Grüne, Friedensbewegung usw. begannen, ihren modernen Nationalismus um traditionelle Elemente zu "bereichern". Der deutsche Boden, von dem besondere Friedensverantwortung ausgeht; Kernkraft und Gentechnologie, die böse sind weil sie die Volksgesundheit bedrohen; der Fremde, der sich einschleicht um uns unser Gemeinsames (Kultur und Wohlstand) zu rauben — die Beispiele sind hinreichend bekannt.

Es ist ganz egal, welche Interessen wir der parlamentarischen Linken unterstellen: Ihr Versuch, mit populistischer Argumentation reaktionäre Werte "fortschrittlich" zu besetzen, hat zu einem Fortschritt der Reaktion geführt. In den merkwürdigsten "zeitgeistgemäßen" Versatzformen sind traditionelle nationalistische Werte heute wieder stärker in allen Teilen der Gesellschaft verankert. Solange die DDR noch existierte, war die BRD als Trägerin eines richtigen, authentischen "Deutschen Nationalgefühls" denkbar ungeeignet, wurde sie doch nur als "Staat", System oder Verwaltungsform begriffen, kritisiert und angegriffen. Bis zur Annexion der DDR hat sich die "fortschrittliche Reaktion" daher eher in das Mäntelchen eines europäischen Metropolenchauvinismus gekleidet, statt offen deutschnationale Töne anzuschlagen. Die Frage, inwieweit sich das ändern wird, muß hier offen bleiben. Wir wollen mit dem gesagten nicht behaupten, daß dieser modernisierte, materialistische Nationalismus in seinem Charakter weniger rassistisch und aggressiv als sein "traditioneller" Vorgänger ist, bzw., daß er sich von diesem wesentlich unterscheidet. Ähnlich wie in der Automobilproduktion, ist unser Begriff vom "modernisierten Nationalismus" nur die Bezeichnung für dasselbe Vehikel mit technisch verbesserter, windschlüpfrigerer Karosserie. Trotzdem ist dieser Unterschied nicht ohne Bedeutung für die Beurteilung der kommenden Ereignisse.

Die kaputte nationale Psyche.

Die Tatsache, daß der deutsche Größenwahn sich in der BRD auf materielle Füße stellen konnte, d. h. erstmals auch eine "rational überprüfbare" Grundlage bekam, ist bezeichnend für das auch heute noch herrschende Verhältnis BRD-DDR. Die Bevölkerung der DDR fiel mangels gemeinsamer Basis — sie hatte keine Kohle — aus diesem neuen "Wir"-Gefühl von vornherein raus. Bis heute ist es in der BRD eine Binsenweisheit, daß "die ja gar nicht arbeiten wollen (können)". Für ganze Generationen in der BRD war das Interesse an den "Brüdern und Schwestern" in der DDR allenfalls "humanitärer" Natur, d. h. für die mit der Wohlstandsverwahrlosung kämpfenden Mittelschichten ein Objekt zum bemitleiden, für die Unterschicht das mahnende Beispiel, daß es einem im "Sozialismus" nur noch schlechter geht. Diese bornierte Haltung gegenüber den als spießig, verklemmt und rückständig empfundenen "Zonies", "Ossis" usw. steht in krassem Widerspruch zum grundgesetzlich verordneten Wunsch aller Deutschen nach freier und selbstbestimmter(!) Vereinigung. Und es hat sich gezeigt, daß der modernisierte Nationalismus sehr schnell zur offenen, traditionellen Aggressivität übergeht, wenn er seine (ökonomische) Basis bedroht glaubt (Tenor z. B. der '85er Kampagne gegen Flüchtlinge).

Die bundesdeutsche Borniertheit und der aufkommende Sozialneid sind u. E. zwei der wichtigsten Faktoren der nationalistischen Dynamik (West). In der DDR haben wir es u. E. mit einem eher traditionellen Nationalismus zu tun, den wir oben bereits als "Rettungsbootnationalismus" eingeführt haben. Der Umgang der SED mit dem Nationalismus bestand von Anfang an darin, einen nationalistisch-patriotischen Bezug auf den "ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat" zu etablieren, wobei "Staat" in der Gewichtung vor "deutsch" und "Arbeiter..." rangierte. Für die 50er, 60er und frühen 70er Jahre wäre über die Gewichtung der beiden letzteren Faktoren vielleicht zu streiten. Mit der offiziellen Rückbesinnung auf "den preußischen Geist" wurde, parallel zur Wende in der BRD, das Deutsch- bzw. Preußentum wiederbelebt. Mit dem Wegfallen des staatlichen Bezugs für den Ost-Nationalismus, in festem Glauben an die allumfassende eigene Minderwertigkeit in Produktion, Lebensqualität und Sex-Life bleibt für die DDR-Bevölkerung nur noch der Strohhalm des "Deutsch-Seins" als ererbtem Bezug zu westdeutschem Wohlstand. Mit der Feststellung allerdings, daß die Westdeutschen es vorziehen, in der DDR der einheimischen Konkurrenz keine Chance zu lassen (Videotheken, Buchläden, Plattenläden, Pornoshops etc.), stellt sich auch ein gewisser Haß auf die großspurigen Verräter der Volksgemeinschaft ein. Wir sehen also: Hier wächst zusammen, was sich gegenseitig haßt und verachtet, hier treffen der Wunsch nach traditioneller Volksgemeinschaft (expansive Aggression Ost) und der Wunsch, einfach in Ruhe gelassen zu werden (defensive Aggression West), aufeinander. Natürlich ist keiner der beiden Haltungen der Vorzug zu geben, und wie wir die alten Deutschen kennen, werden sie sich eher zusammenraufen und dem Rest der Welt den Garaus machen wollen, als sich endlich selbst zu massakrieren.

Deutschland '92: Nationale Dynamik in der Festung Europa

Die Frage, welche Entwicklung das "Deutsche Reich" nach der vollzogenen Einverleibung der DDR nehmen wird, ist für uns vollkommen offen. Sicher ist nur, daß sie in keine, wie auch immer geartete, "sozialistische etc." Richtung gehen wird. Wir können heute lediglich auf die gesellschaftlichen Tendenzen in Ost und West hinweisen und fragen, wie sich diese mit dem neuen nationalen Schub für die politische Führung Deutschlands verbinden werden. Der "Durchmarsch"-Nationalismus der DDR-Bevölkerung könnte mit dem "Anschluß" als politische Größe bereits seine vorläufige Erfüllung finden; als Ausgleichsmechanismus für soziale Verelendung wird er aber wahrscheinlich erhalten bleiben. In der "dann ehemaligen" BRD steht das "Ruhebedürfnis" der Bevölkerung, der die "Zonies" schon zuviel sind, dem staatspolitischen Bewußtsein, jetzt alles haben zu können, direkt entgegen. Die Konzeption des Europa '92 — Europäisierung von Markt, Gesetz und Repressionsapparat bei gleichzeitigem Erhalt der "nationalen Identität" — an der die Deutsche Führung festhält, weist auf Mechanismen zur "Lösung" dieser inneren Spannung hin. Grob skizziert: Als defensive Variante die Schließung der Grenzen für alle Immigranten, zeitlich begrenzte Einfuhr "ausländischer" Arbeitskraft; der wird hier dermaßen die Hölle heißgemacht, daß sie gar nicht auf die Idee kommt, bleiben zu wollen. Auf der anderen Seite, in der expansiven Linie: das Belassen größerer deutscher Truppenverbände in der Türkei, der BGS in Namibia, Alfred

Wegener als Nationalgarden-Coach in Saudi-Arabien. Die von REP bis Grün postulierte "Friedensverantwortung gerade der Deutschen" (als Hitlerspezialisten!) als eine andere Form, das aggressive westdeutsche "Ruhebedürfnis" zu befriedigen, indem man Ruhe schafft. Innenpolitisch spricht vieles dafür, daß sich Verhältnisse, die der Linken und anderen Minderheiten hier bisher als "sicher", d. h. einschätzbar gegolten haben, vollkommen verändert haben. Zum einen eine vor allem in der DDR begonnene Eskalation der staatlichen Gewalt gegen jede Form der Verletzung der "öffentlichen Ordnung" (Todesschußpraxis, Räumungen, Verfolgung auch "rechtsstaatlicher Parteien", Verknüpfung von Asylrecht und BTM-Gesetzen usw.). Auf der parteipolitischen Ebene scheinen die Grünen am Verblühen zu sein, die SPD scheint ihr Konkurrenzverhältnis zur Union nach der Wahlniederlage neu zu thematisieren (statt Lafontaine und "Sozial-blablabla" jetzt die "Rechte Alternative von links" a la Momper und Voscherau?).

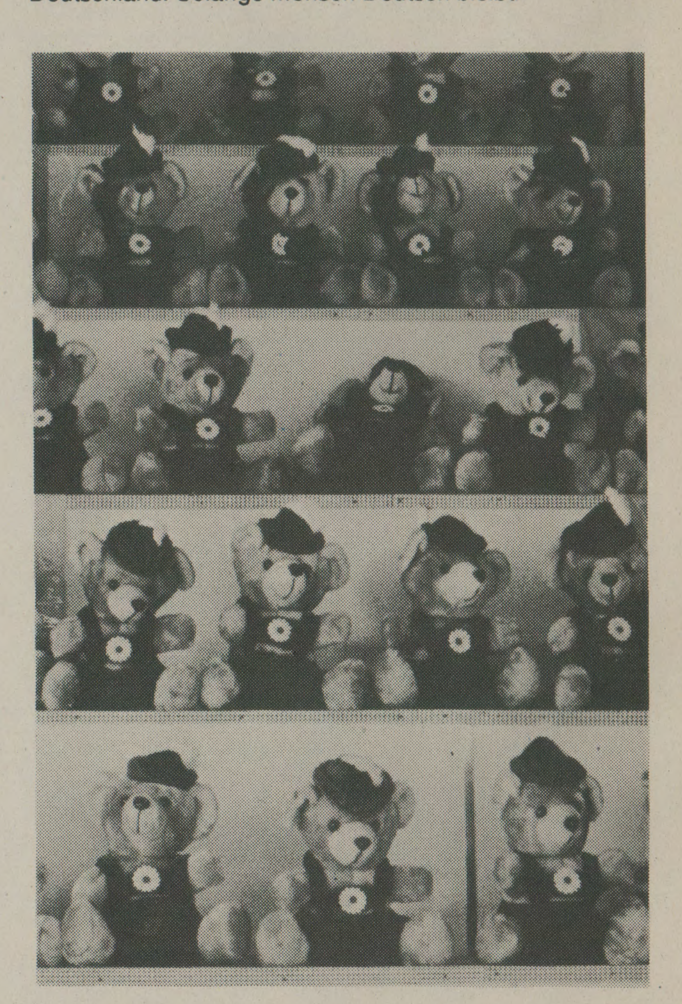
Die Weltmeisterschaft der Deutschen

Führen wir in der internationalen Diskussion um Deutschland "die Weltmeisterschaft" als analytisch wichtiges Ereignis für das, was hier zu erwarten ist an, stoßen wir oft auf Unverständnis. "Welche Weltmeisterschaft?". Tatsächlich ist diese Reaktion bereits ein Hinweis auf die Besonderheit der deutschen Entwicklung; wo sich für andere die Betrachtung der Fußballweltmeisterschaft Italia '90 noch und fast ausschließlich auf den Fußball beschränkt, hat es für die Deutschen die tatsächliche Bedeutung des "(Schul-) Meisterns der Welt". Offenkundig wurde dies durch die "Unschlagbarkeitsprognose" des Kaisers (Franz Beckenbauer I.) und das Anwachsen der aggressiv-nationalistischen Marschkolonnen mit jeder Runde, die Deutschland — nicht die bundesdeutsche Mannschaft — dem Endsieg näherkam. Ein Kommentator des Sportstudios stellte fest, daß die deutsche Mannschaft bei dieser WM zum ersten Mal "eine geschlossene Nation hinter sich wüßte", während es bei bisherigen Mannschaften immer Streit um die Benachteiligung einzelner Bundesliga-Clubs gegeben hätte. Der Gewinn des Finales brachte dann endlich den nationalen Impuls, um fahnenschwenkend und "Deutschland!"/"Sieg Heil!" rufend aufmarschieren zu können. Auf der bundesdeutschen Seite fehlte dieser Impuls bei der Öffnung der Grenze im November '89 noch, in Ermangelung westdeutscher Eigenleistung. Das hat wohl damit zu tun, daß der Deutsche sich nur über mit ehrlichem Schweiß und Blut errungene Siege freuen kann. Und kaum hat sich der nationalistische Hooliganismus in Deutschland etabliert, liegen die Deutschen Hooligans ganz vorne. Sie meistern Deutschland, sie meistern die Welt. Was dem englischen Unterklasse-Hooligan ein schlechter Trost in der erlebten ökonomischen Misere war: "England vs. Germany = Two World-Wars, one World-Cup : 0", stellt sich dem Deutschen Hooligan mit Mittelschichtsbewußtsein und gesichertem Einkommen jetzt anders dar: "1990 hat Deutschland den Weltmeistertitel, hat Deutschland den Weltkrieg gewonnen".

Wie weiter?

Die Linke in Deutschland, die entweder so tut, als wäre nichts gewesen, oder als könne mensch mit dem was ist "gut leben", hat sogar Recht. Sie hat Recht, denn sie ist zur Deutschen Linken geworden. Obwohl die rosigen Phantasien der "sozialistischen Räterepublik" via "friedliche Revolution" ganz schnell verschwunden sind und selbst die monotone Beschwörung der revolutionären Kraft der vereinten Deutschen Arbeiterklasse immer seltener und leiser zu vernehmen ist — aus Angst, das "Volk" könnte mit dem Wort "Arbeiterklasse" etwas Negatives verbinden — es soll weitergehen, immer weitergehen. Mit erhobenem linken Zeigefinger, als das schlechte Gewissen der Nation, das "bessere Deutschland", auf die Stellen deutend, an denen der deutsche Staat, die deutsche Gesellschaft noch nicht perfekt ist. Aus den "schrecklichen Lehren des Nationalsozialismus" die Verantwortung herleitend, als Deutsche Nation, "Friedensvolk" der Welt zur Genesung verhelfen zu müssen. Sie macht weiter, die "Deutsche Linke".

Zum ersten September 1990 (Antikriegstag), nachdem die kritische Aufarbeitung der Fehler der Linken in der Blut-, Boden- und Friedensbewegung bereits geleistet ist, die Parole "Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen" zu unterstützen, grenzt hart an ein großes EK II. Mit der Wiederauferstehung der hl. Friedensbewegung anläßlich des Golfkrieges ("Kein deutsches Blut für Öl" (Grünes Forum), "Un ichsach noch: Saddam, lassas sein, abba er will ja nich höan..." (Schüler), "Mütter Israels: sagt Nein" (Friedens-Inis)) in einer noch unpolitischeren Form ist es endlich verdient. Woher kommt dieser beharrliche Wille zum Durchhalten nach mehr als zwanzig (tausend?!) Jahren ohne revolutionäres Subjekt? Die Antwort auf diese Frage, die Frage des Verhältnisses der Deutschen Linken zu ihrem Staat, ist die Antwort auf die Frage nach Sinn oder Unsinn von politischer Emigration: "Auswandern? Ja, irgendwie schon, aber wohin denn?", was meint, daß das politische und ökonomische Überleben, linke Nabelschau und sich suhlen im eigenen Saft, nirgendwo so einfach sind wie in Deutschland. Solange mensch Deutsch bleibt.



Ein Hoch der Deutschen linken

Kein Vergeben, kein Vergessen: unter diesem Motto fand im November '90 im Café de Underduikers ("die Untergetauchten") in Hamburg eine Veranstaltungsreihe zu den jeweiligen Ereignissen um den 9. November der Jahre 1918, 1923, 1938 und schließlich 1989 statt. Weitgehend ignoriert von der eingeladenen linken Öffentlichkeit befaßte sich die letzte Veranstaltung in zwei voneinander getrennten Teilen mit der historisch/politischen Dimension der Maueröffnung und der Hilflosigkeit der deutschen Linken. Wir dokumentieren die zwei Redebeiträge in für die 17°C geringfügig überarbeiteten Versionen. Teil 1 (Fordismus) gibt einen Überblick über die theoretischen Ansätze der Fordismusanalyse, Teil 2 (linker Nationalismus) setzt sich mit der Geschichte des Nationalismus von links auseinander.

In einer Zeit, in der der deutschnationale Konsens von "links" bis rechts bereits das Thematisieren der deutschen Vergangenheit unterbindet, scheint uns nichts logischer, als eben diese zum Gegenstand unserer Öffentlichkeitsarbeit zu machen. In einer Zeit, in der es möglich ist, das am 9. November 1990 die Hamburger autonome Szene in der "Roten" Flora ein Konzert genießt, ohne auch nur einen Satz über die organisierten Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung vor 52 Jahren zu verlieren, scheint uns nichts dringlicher, als über Maueröffnung und Annexion der DDR zu diskutieren, um auf den kollektiven historischen Gedächtnisschwund auch der radikalen Linken zu reagieren.

Wir sind keine Historiker oder Historikerinnen; es werden sicherlich viele Aspekte offengeblieben sein, wenn auch die heutige, letzte Veranstaltung gelaufen ist. Wir haben gerade zur Einschätzung der jüngsten deutschen Entwicklung mehr Fragen als Antworten.

Aber: auch wenn die Linke in Deutschland im Moment ein Sammelsurium von Ratlosen ist (und wir mittendrin), so müssen wir doch alles tun, um auf diese unglaubliche Entsorgung der deutschen Geschichte über das Thema "Grenzöffnung 1989" antworten zu können.

Kein Vergeben, kein Vergessen: diese Reihe ist auch in dem Bewußtsein der ungebrochenen faschistischen Kontinuität des neuen Großdeutschlands entstanden. Eine nicht nur personelle, sondern strukturelle Kontinuität faschistischer Herrschaft, in der sämtliche "Errungenschaften" der Nationalsozialisten dankbar aufgenommen und weiterentwickelt wurden. Dieser Begriff von Faschismus als integralem Bestandteil der bürgerlichen Demokratien in Westeuropa ist nicht der Versuch, die Sprachlosigkeit angesichts des ungeheuren Gewaltpotentials dieses imperialistischen Systems zu überwinden. Und: dieser Begriff von Faschismus darf nicht zu einer Relativierung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft von links führen. Er darf nicht die spezifische Form des deutschen Faschismus einebnen.

Dennoch: angesichts des deutschen Ritts nach Osten, angesichts von Maueröffnung und Diskussionen über die polnische Westgrenze, angesichts von nationalistischen und rassistischen Massenausschreitungen anläßlich der Fußball-WM, angesichts von Ausländergesetz und dem gezielten Verdrängen der Erinnerung an die Pogrome von 1938 durch die Herrschenden und Beherrschten, muß der Faschismusbegriff breiter und intensiver diskutiert werden. Der Begriff "Faschismus" als lediglich historische Epoche des Nationalsozialismus verstanden, taugt heute weniger denn je, um die Dimension der Ereignisse um den 9. November 1989 zu erfassen. Die seit Oktober 1989 in der Zeitschrift "konkret" geführte Diskussion um die Rationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zeigt, daß diese Diskussion nicht nur unter versprengten Häuflein autonomer Reste, sondern sehr wohl wissenschaftlich fundiert und dennoch breit geführt werden kann. Ohne auf die Thesen von Susanne Heim und Götz Aly in diesem Zusammenhang genauer einzugehen, ohne auch die Ausführungen von Johannes Agnoli zum Faschismusbegriff, auf die wir uns bei unseren Diskussionen u. a. bezogen haben, näher anzuführen, möchte ich feststellen: Die auch in der autonomen Linken so beliebten Losungen "Wehret den Anfängen" und "kein neues 33" taugen heute weniger denn je zum Kampf gegen ein Gesellschaftssystem, das, verstärkt durch die Kapitulation der RGW-Staaten vor dem Kapitalismus, sämtliche Klassenwidersprüche durch die völkische Gemeinschaft eingeebnet hat.

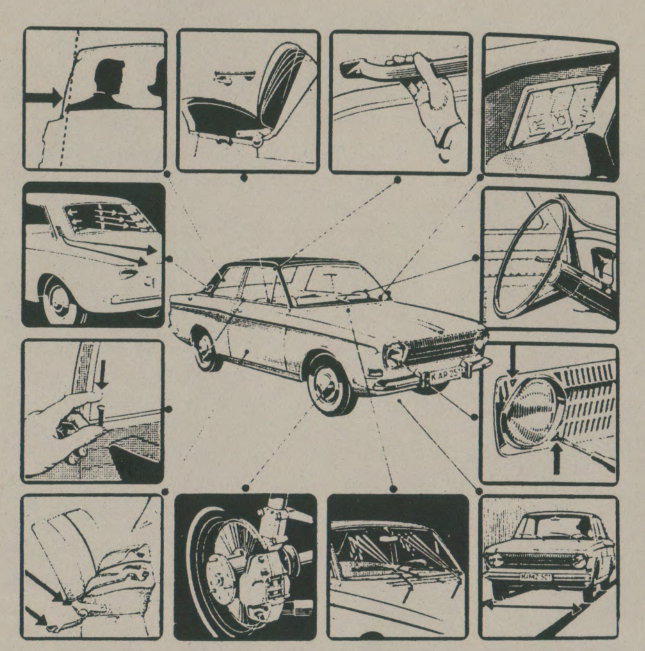
Zur heutigen Veranstaltung:

Wir wollen heute nicht über die konkreten Ereignisse des 9. November 1989 berichten, und wir werden nicht die Frage, die sich für uns sehr wohl nach der Maueröffnung stellte, untersuchen, ob dieser Schritt, ausgerechnet am 9. 11. vollzogen, bewußte Geschichtsklitterung war, oder ob tatsächlich der Druck auf die SED so groß war, das sie alles vermutete Geschichtsbewußtsein über das Brandenburger Tor warf. Wir wollen versuchen, die politischen Folgen und die Ursachen der kompletten Auslöschung der DDR zu thematisieren und die Voraussetzungen für die breite Zustimmung gerade in der ehemaligen DDR für die völlige Vernichtung einer sozialistischen Option bzw. Perspektive zu beschreiben.

Fordismus

Den 9. November 1918, 1923 und 1938 können wir mit einer historischen Distanz betrachten, weil diese Daten entfernt sind und wir wissen, wie die Entwicklung weiterging. Wir können diese Daten einordnen. Dies ist schwierig beim 9. November 1989, da wir heute zwar einige Auswirkungen sehen, aber noch nicht wissen, wie es weitergehen wird. Wir können es nur vermuten. Trotz dieser Schwierigkeiten soll im folgenden versucht werden, eine Entwicklung aufzuzeigen. Um die Ereignisse der letzten Zeit in einen Zusammenhang einordnen zu können, müssen wir auf etwas Theorie zurückgreifen.

Das Modell, auf das hier Bezug genommen wird, bestimmt gesellschaftliche Entwicklung nicht zielorientiert. Geschichte ist offen und wird jetzt und hier gemacht. Sie ist nicht die zwangsläufige Abfolge von Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus und dem sich dann aufgrund der inneren Widersprüche entwickelnden 'Sozialismus', 'Kommunismus' oder einer 'herrrschaftsfreien Gesellschaft'. Der Kapitalismus selbst entwickelt sich aufgrund seiner inneren Widersprüche ständig weiter. In diesem Prozeß können wir verschiedene Stadien unterscheiden und sie Formationen nennen. Welche Form der Kapitalismus jeweils annimmt, hängt vom Klassenkräfteverhältnis, also dem Kräfteverhältnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ab. Die unterschiedlichen Stadien sollen anhand der Entwicklung der Automobilindustrie deutlich gemacht werden.



Anfang dieses Jahrhunderts führte Henry Ford in Amerika eine neue Produktionsweise von Automobilen ein. Diese neue Phase kapitalistischer Entwicklung soll im weiteren 'Fordismus' genannt werden. Während vorher die Automobile in Manufakturen von Handwerkern hergestellt wurden und daher immer sehr teure Einzelstücke waren, machte sie Henry Ford durch die Einführung der Fließbandproduktion für den Massenkonsum erschwinglich. Zuvor war die Profitrate durch die Ausdehnung des Arbeitstages gesteigert worden. Nun war es möglich, den Profit auf der Grundlage einer steigenden Produktivität zu erhöhen.

Man konnte die ArbeiterInnen kürzer arbeiten lassen und gleichzeitig mehr Lohn zahlen. Die höheren Löhne konnten die ArbeiterInnen wiederum dazu verwenden, diese billigeren Produkte zu kaufen und mehr zu konsumieren. In diesem neuen kapitalistischen Produktionssystem stellte sich ein Zusammenspiel von Massenproduktion und Massenkonsum her, das durch spezielle Institutionen, wie z. B. die Kleinfamilie und den Sozialstaat, abgesichert wurde. Hierbei wurden Bereiche — wie etwa die Hausarbeit —, die vorher oft noch selbstversorgerisch organisiert waren, in den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß fest miteinbezogen.

Entscheidend für uns ist nun, wie sich dieses Modell, auf unterschiedliche Weise, in Westeuropa, Amerika und auch Japan durchsetzte. Aufgrund von sehr verschiedener wirtschaftlicher und geschichtlich-sozialer Entwicklung, setzte sich dieses System regional und national sehr unterschiedlich durch. So ist der Übergang zum Fordismus in Nordamerika sehr eng mit Roosevelts sozialstaatlicher Wirtschaftspolitik des 'New Deal' verbunden und scheint weniger gewaltsam durchgesetzt worden zu sein, als in Europa. In vielen Ländern Europas war dieser Veränderungsprozeß an einem faschistischen Gesellschaftsmodell orientiert. Der Nationalsozialismus ist eine spezifisch deutsche Variante davon — die perfekteste vielleicht. Inwiefern der Faschismus, bzw. der Nationalsozialismus selbst schon in der Kontinuität des Frühkapitalismus steht, soll hier nicht weiter ausgeführt werden.

Der deutsche Faschismus machte sich eine spezifische Ideologie und eine vorhandene, autoritäre Charakterstruktur zunutze, um massiv entwicklungshemmende Sozialstrukturen zu zerstören und umzuformen.

Es lassen sich verschiedene Ebenen des Faschismus unterscheiden: Der Faschismus als Modernisierungsideologie; modern in dem Sinne, daß er neue, für das Kapital verwertbare, funktionsfähige gesellschaftliche Organisationsformen schafft und alte, hemmende Formen zerstört.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihre Reorganisation als 'Deutsche Arbeitsfront', die Massenvernichtung von Arbeitskräften, aber auch die Zerschlagung des ostpreußischen Junkertums im Gefolge des Krieges.

Die durch den kapitalistischen Entwicklungsprozeß vereinzelten und entfremdeten Individuen müssen — ohne daß sich das grundlegende wirtschaftliche Verhältnis verändert, denn sonst funktioniert ja dieses System nicht — in einen gesellschaftlichen Zusammenhang gebracht werden, der widersprüchliche gesellschaftliche Interessen so absorbiert, daß sie als scheinbares Gemeinschaftsinteresse oder auch 'Volkswille' die bestehenden Herrschafts- und Produktionsweisen nicht antastet. Auf dieser Ebene der Realität des Einzelnen, greift der Faschismus konkrete Erfahrungen mit Autorität, Antisemitismus und Sexismus auf und bringt dadurch widersprüchliche Elemente zusammen. Einerseits reaktionär, andererseits modern, greift er ideologisch einen Diskurs auf, der die logische Fortführung einer liberalistischen Philosophie ist; einer Ideologie also, die die Grundlage kapitalistischen Wirtschaftens darstellt.

Nach dem Ende des II. Weltkriegs hat sich dieses Modell als vorherrschendes Modell in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern (Metropolen) durchgesetzt. Ähnlichkeiten und Kontinuitäten der faschistischen Strukturen mit dem 'Modell Deutschland' in der BRD lassen sich an vielen Stellen nachweisen. Verwiesen sei auf die personelle Kontinuität in vielen Bereichen von Staat und Ökonomie und auf die

strukturelle Kontinuität, wie sie z. B. in der Gesundheitspolitik, in der Gentechnologie und der Euthanasiediskussion deutlich wird. Auch in den industriellen Beziehungen gibt es diese Kontinuität, die Ende der 60er Jahre schließlich in der konzertierten Aktion mündete, einem Gremium von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat zur gemeinsamen Krisenlösung. Auch die Rolle der Rassenpolitik in Form der heutigen Ausländerpolitik, also zur Regulierung des billigen Arbeitskräftereservoirs, ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Ab Mitte der 70er Jahre stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung und stieß auf innere Widersprüche, die den bisherigen Zusammenhang, den wir als fordistisch bezeichnet haben, brüchig werden ließ. Kennzeichen dafür sind Massenarbeitslosigkeit, Auflösung des sozialstaatlichen Konsens, die Verbreitung und der Einsatz von Mikroelektronik und eine Verschiebung im Gefüge der Institutionen. Seit Beginn der 80er Jahre zeigen sich Konturen eines neuen Modells. Am Beispiel der Automobilindustrie läßt es sich wieder am besten verdeutlichen.

Früher war die Massenproduktion von Autos nur





profitabel, wenn eine hohe Stückzahl von einem Modell produziert wurde, weil für jedes Modell eine komplette Produktionsstraße hergestellt werden mußte. Durch den Einsatz von Mikroelektronik und Robotern ist es heute möglich, die Produktionsstraße durch einfaches Austauschen der Software auf verschiedene Modelle umzustellen, so daß es jetzt ebenso profitabel ist, geringe Stückzahlen vieler unterschiedlicher Modelle zu produzieren. Für die ArbeiterInnen bedeutet dies, daß sie aus der Fließbandproduktion und der Arbeitsteilung ein Stück weit entlassen sind, dafür aber in Teams in minutiös gestalteten und kollektiv organisierten Produktionsabschnitten arbeiten. Das heißt, die Kontrolle, die vorher zum größeren Teil von außen kam, wird in die kollektive Gruppenstruktur verlegt, wo über Verantwortung jede/r jede/n kontrolliert. Dies hat, ebenso wie die Einführung der Fließbandproduktion, Auswirkungen auf das gesamte gesellschaftliche System. Das alte Gefüge, welches durch innere Widersprüche auseinanderbricht, muß neu zusammengefügt werden. Wie es zusammengefügt wird, hängt von den Kräfteverhältnissen der gesellschaftlichen Gruppen ab.

Da wir uns in einer Umbruchsituation befinden, stellt sich vorrangig die Frage, wie dieser Umbruch vonstatten geht. Da diese Entwicklung Prozeßcharakter hat, kann sie nicht an einem Datum — wie zum Beispiel dem 9. November 1989 — festgemacht werden. Sie bekommt durch die Maueröffnung jedoch eine neue Qualität. Welche Chancen hat in dieser Situation ein offen autoritär-faschistisches Übergangsmodell?

Festzustellen ist, daß durch Vereinzelungstendenzen Gruppen- und auch Klassenzusammenhänge immer weiter aufgelöst werden. Die sich vereinzelnden Individuen werden unter anderem durch einen 'autoritär-populistischen Diskurs' zusammengehalten. Wesentliches Merkmal dieses Diskurses ist es, daß er reale gesellschaftliche Konflikte und Klassengegensätze systematisch nicht zum Thema macht oder verschleiert. Statt auf vorwärtsgreifende gesellschaftliche Utopien, bezieht er sich auf die alltäglichen Erfahrungen vereinzelter Subjekte. Er zerfasert und entpolitisiert die von Ausbeutung und Unterdrückung herrührenden Erfahrungen und läßt so gesellschaftliche Spaltungen und Ausgrenzungen als naturgegebene Prozesse erscheinen. In diesem Diskurs werden auch sich widersprechende Unzufriedenheiten, Ressentiments und Gruppeninteressen mobilisiert und gleichzeitig ideologisch so zusammengebunden, daß sich die bestehenden Zustände in den Augen der Betroffenen selbst bestätigen.

Dieser Diskurs wird seit mehreren Jahren immer intensiver, auch auf intellektueller Ebene von der sogenannten 'Neuen Rechten' beherrscht. Sie hat sich Gramscis Konzept von der kulturellen Vorherrschaft zu eigen gemacht und ist mit ihren Themen weit ins sogenannte linke Spektrum vorgedrungen. Stichworte in diesem zusammenhang sind:

- der Historikerstreit um die Relativität faschistischer Verbrechen
- Bitburg und die Rehabilitierung der Waffen-SS
- völkisches Denken in der Friedensbewegung
- die Diskussionen um Gentechnologie, Ausländerrechte und nationale Identität

Auf ideologischer Ebene läuft die 'Entsorgung' der deutschen Geschichte und eröffnet, zumindest theoretisch, die Möglichkeit offen autoritär-faschistischer Lösungswege aus der Krise. Mit der Öffnung der Mauer erschließen sich neue Perspektiven, die dieses neue Gefüge kennzeichnen könnten.

Die Verschiebung der Klassenkräfteverhältnisse weiter zugunsten der Kapitalseite durch unterschiedliche Lohnstrukturen in Ost und West sowie die erhöhte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt lassen eine offenere Form der Umstrukturierung des bisherigen Zusammenhangs wahrscheinlich erscheinen. Der hohe Anteil qualifizierter FacharbeiterInnen in der DDR, die zurück an Heim und Herd gedrängt werden, bildet ein ideales Potential für die Durchsetzung neuer Formen der

Heimarbeit.

Die völlige Zerstörung der Wirtschaft des zehntgrößten Industrielandes der Welt und die massenhafte Freisetzung qualifizierter Arbeitskräfte bieten die Möglichkeit hochmoderne Produktionstechniken einzuführen, ohne größeren Widerstand — wie z. B. in der BRD in Rheinhausen — hervorzurufen. "Arbeit um jeden Preis" scheint ja die Devise in der DDR zu sein.

Die Öffnung des DDR-Marktes ist die erste Stufe der weiteren Durchdringung der osteuropäischen Märkte — diesmal ohne direkte Gewaltanwendung in Form eines Krieges.

In diesem Zusammenhang sind die Daten des 9. November 1918, 1923, 1938 und 1989 Eckdaten in dem langen Prozeß der Durchsetzung von Krisenlösungsstrategien unterschiedlicher kapitalistischer Gesellschaftsformen. Gleichzeitig lassen uns diese Daten auch immer über eine Alternative nachdenken. Wie sie aussieht, muß aus den konkreten Verhältnissen entwickelt werden. Utopie ist an konkrete gesellschaftliche Bedingungen geknüpft.



Linker Nationalismus

Das rassistische und nationalistische bis offen nationalsozialistische Potential, das seit Öffnung der Grenze am 9. November 1989 in der ehemaligen DDR sichtbar wird, scheint mittlerweile selbst die Teile der Linken zu schrecken, die bei Beginn dieser gesellschaftlichen Metamorphose von der "Wir-sind-das-Volk"- über "Wir-sind-ein-Volk"- bis zur Wir-sind-die-Völkischen-Haltung noch begeistert waren, sahen sie doch eine geeinte deutsche Arbeiterklasse, eine vereinigte Linke in den gesamtdeutschen Sozialismus mit menschlichem Antlitz ziehen. Selbst die lahmste linke Schnecke konnte auf den Zug der Vereinigung, den niemand mehr stoppen mochte, aufspringen. Warum die Menschen in der ehemaligen DDR nicht zuwenig, sondern zuviel Sozialismus beklagten und die deutsche Linke in erster Linie deutsch und nicht antinational ist, kann nur verstanden werden, wenn die Vergangenheit und die Gegenwart dieser Linken als historischer Prozeß gesehen und untersucht wird.

Da dieses Thema natürlich eine ganze Bibliothek füllen könnte, will ich mich auf einige plakative Ereignisse der Geschichte des Nationalismus in der Linken beschränken. Nationalismus sowohl in den revolutionären Parteien und Gruppen, als auch in der Arbeiterklasse. Nationalismus in Theorie und Praxis der Geschichte nicht nur der deutschen Linken. Daß nationalistische Phrasen immer auch im Kontext der jeweiligen geschichtlichen Situation gesehen werden müssen, kann dennoch unsere feste Überzeugung nicht entkräften, das Nationalismus in jeder Form, zu jedem Zeitpunkt falsch, zu kritisieren und zu bekämpfen ist. Wer meint, dies sei blanker Antikommunismus, wie noch vor wenigen Jahren in der autonomen Szene vertreten wurde, unterschätzt die verheerende ideologische Verwirrung, die dieses Spiel zur Folge hat. Es gibt keine nationale Frage von links und es darf keine "konstruktive" Beteiligung der Linken an der Diskussion über nationale Identität geben.

Nationalistische Tendenzen in der Arbeiterbewegung waren vor dem I. Weltkrieg bereits deutlich sichtbar: Helga Grebing schreibt dazu in ihrer "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung:

"Die Arbeiter haben kein Vaterland", so steht es im Kommunistischen Manifest von 1848; aus der Nation ausgeschlossen zu sein, an ihrem Leben keinen Anteil zu haben, war das Grundgefühl auch der durch das Sozialistengesetz geprägten Generation sozialistischer Arbeiter. Die Wirkungen von Schule und allgemeiner Wehrpflicht, überhaupt die monarchisch-autoritäre Ordnung von Staat und Gesellschaft, führten nach 1900 nicht nur zum Abbau jenes Grundgefühls, sondern förderten auch einen von den meisten Sozialdemokraten nicht ins Bewußtsein gehobenen "Nationalisierungsprozeß". Er mochte sich bei vielen auf den bloßen Stolz auf die weltweit gerühmte Tüchtigkeit und die Leistungen der deutschen Arbeiter beschränken, die ihnen bedeutender erschienen als die Leistungen der Arbeiter anderer Länder; er mochte zunächst nur darin bestehen, daß die dauernde Konfrontation mit den Werten der militärischen Tradition und des nationalstaatlichen Denkens — Hingabe an die "Sache des Vaterlandes", Dienst für seine "nationale Größe" usw. — ihre Spuren hinterließ und aus manchem "vaterlandslosen Gesellen", aus manchem "Sozen" (wie der Kaiser zu sagen beliebte), einen wohldisziplinierten "Träger des Rockes seiner Majestät" machte, der dann in der Fabrik oder am Biertisch begeistert ausrief: "Wir sind Soldaten und Sozialdemokraten, beides mit Leib und Seele." Hinzu kam der berechtigte Stolz auf die aus eigener Kraft hart erkämpften sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung: die Arbeiter hatten sich selbst Werte geschaffen, die ihnen objektiv verteidigungswert erschienen sowohl gegen den inneren als auch gegen einen eventuellen äußeren Feind, sie waren nicht mehr die Proletarier, die nichts mehr zu verlieren hatten als ihre Ketten.

Für die Sozialdemokraten, bis heute ununterbrochen zur Stelle, wenn es gilt nationale Verantwortung zu übernehmen und dem Kapital zu beweisen, wer die besseren Verfechter von Ausbeutung und Imperialismus sind, erklärte bereits 1907 ihr Vertreter Vollmer auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Stuttgart:

"Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben. Die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein, wie sie andere

nicht hindern kann, gute Franzosen und Italiener zu sein. Und so sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen der Völker anerkennen und ihre Verhetzung gegeneinander verdammen und bekämpfen, so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nationen und ihres Untergangs in einen formlosen Völkerbrei denken." — Noske, der spätere Wehrminister der Republik, sagte im gleichen Jahr im Reichstag: "Wir fordern die Unabhängigkeit jeder Nation. Es folgt daraus, daß wir auch Wert darauf legen, daß die Unabhängigkeit des deutschen Volkes gewährleistet bleibe. Wir denken, daß dies wohlverstanden unsere elementare Verpflichtung ist, darüber zu wachen, daß das deutsche Volk nicht durch ein anderes an die Wand gedrückt wird."

Der nationalistische Schub auch in der Arbeiterklasse im Jahr der Entfesselung des Weltkrieges durch Deutschland 1914 war kein plötzliches Phänomen und stand offensichtlich nicht im Widerspruch zum Gedankengut der organisierten Arbeiterschaft und deren Organisationen. *In der Reichtagssitzung vom 4. August 1914 stimmte die sozialdemokratische Fraktion geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite; eine oppositionelle Minderheit von 14 Abgeordneten - unter ihnen Karl Liebknecht und Hugo Haase, einer der beiden Parteivorsitzenden — hatte sich der Fraktionsdisziplin gebeugt. Die Fraktion stellte sich in ihrer Erklärung auf den Standpunkt, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg gegen den russischen Despotismus sei, dessen Sieg eine ungeheure Gefahr für die Kultur und die Unabhängigkeit Deutschlands bedeuten würde. "Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich." Die SPD verpflichtete sich auch - wie die anderen Parteien -, für die Dauer des Krieges auf jeden Kampf gegen andere Parteien in der Öffentlichkeit und auf eine Opposition gegen die Regierung zu verzichten; am 2. August 1914 hatten bereits Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände die Einstellung aller Arbeitsstreitigkeiten für die Kriegsdauer vereinbart.*

Die Haltung der Arbeiterorganisationen entsprach der Stimmung ihrer Anhänger. Die nationale Hochstimmung bei Kriegsbeginn erfüllte auch die deutschen Arbeiter — die jahrzehntelangen Bemühungen um ihre Einheit mit dem Vaterland konnten jetzt bedingungslos, ohne Vorbehalt verwirklicht werden. Bedrückende Isolierung, ungesichertes Selbstgefühl, Resignation und Passivität und die Belastungen einer doppelten Loyalität — einmal gegenüber dem nationalen Machtstaat, zum anderen gegenüber dem internationalen Sozialismus — wurden aufgehoben durch die vollkommene Identifizierung mit dem nationalen Staat.

Mit der Gründung der KPD Ende Dezember 1918 kam es nicht zu einer radikalen Kritik nationalistischer Terminologie. Immer wieder wurden im Verlauf der Geschichte der KPD die Begriffe Volk, Nation, national, Klasse u.s.w. durcheinandergeworfen, mal als taktisches Manöver, mal um nationale Kräfte zu werben, mal um sich selbst als nationale Rettung zu preisen. In der Regel geschah dies in enger Absprache mit der KPdSU und Lenin und in Anlehnung und Interpretation Lenins Thesen zur nationalen Befreiung unterdrückter und kolonialisierter Völker.

Die KPD, deren Gründung Wilhelm Pieck noch 1955 mit den Worten beschrieb: Die KPD (...) war die Partei des Friedens und der nationalen Zukunft des deutschen Volkes", verstand ihr Wirken auch als Kampf gegen die nationale Versklavung des deutschen Volkes als Ergebnis des vorangegangenen Krieges. Daß sie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen mit dieser teilweise offen nationalistischen Propaganda auch Einfluß weit in rechte Kreise hinein gewann scheint mir dabei nichts positives zu sein. Angemerkt werden muß allerdings, daß die "linksnationalistischen" Positionen durchaus umstritten waren und zu teils heftigen Auseinandersetzungen in der kommunistischen Bewegung führten. Rosa Luxemburg befand sich mit ihren Thesen zum Nationalismus im Widerspruch zu Lenin:

"Die Formel vom "Recht der Nationen" reicht nicht aus, um die Haltung der Sozialisten in Nationalitätsfragen zu begründen, nicht allein deshalb, weil sie nicht alle die ungleichartigen historischen Bedingungen (des Ortes und der Zeit) in jedem gegebenen Fall berücksichtigt und nicht die allgemeine Entwicklungsrichtung der weltweiten Verhältnisse einbezieht, sondern auch deshalb, weil sie die fundamentale Theorie des neuzeitlichen Sozialismus — die Theorie der Klassengesellschaft — völlig ignoriert.

Wenn wir vom "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" reden, verstehen wir den Begriff "Nation" als ein Ganzes, als eine homogene gesellschaftliche und politische Einheit. Jedoch ist ein solcher Begriff von "Nation" eigentlich eine jener Kategorien der bürgerlichen Ideologie, welche die Marxsche Theorie einer radikalen Revision unterwarf, indem sie zeigte, daß unter einem solch nebelhaften Schleier wie unter den Begriffen von "bürgerlicher Freiheit", von "Gleichheit vor dem Gesetz" usw. sich jedesmal ein genau bestimmter historischer Inhalt verbirgt.

In der Klassengesellschaft gibt es eine Nation als homogenes gesellschaftspolitisches Ganzes nicht, dagegen bestehen in jeder Nation Klassen mit antagonistischen Interessen und "Rechten" (...)"

Bereits 1920 kam es in Bayern zur ersten auch faktischen Annäherung nationalistischer und kommunistischer Standpunkte. In der kommunistischen "Neuen Zeitung" wurden offen nationalistische Töne angeschlagen. Im Sommer 23 gab es eine gemeinsame Diskussion über den Faschisten und von rechts wie links gleichsam verehrten Albert Leo Schlageter. Im Kampf gegen die Besetzung der Ruhr durch französische Truppen hatte dieser als militanter Nationalist Sprengstoffanschläge gegen die Franzosen durchgeführt, war verhaftet und hingerichtet worden. Nach seinem Tod wurde er von Karl Radek, einer der wichtigsten Personen in der Formierungsphase der KPD, als "mutiger Soldat der Konterrevolution" bezeichnet, als einer der es verdient "von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden".

Eine wichtige Rolle in der Annäherung von Teilen der kommunistischen Bewegung an die nationalistische Rechte spielte die am 3. April 1920 gegründete und von der Spaltung der KPD ein Jahr zuvor profitierende KAPD, in der Wolffheim und Lauffenberg entscheidenden Einfluß hatten. Die KAPD war hauptsächlich in Hamburg und Berlin aktiv und repräsentierte jene für die Linke auch heute noch so fatale Richtung des Nationalbolschewismus bzw. Nationalkommunismus. Zunächst nur in der Theorie und der Diskussion in der Linken nationalistische Phrasen dreschend, ging sie später offen mit Bündnisangeboten auf die Rechten zu.

Wie weit diese ideologische Verwirrung bis heute reicht, zeigt die einfache Tatsache, daß sich heutige Nationalrevolutionäre teilweise auf die KAPD (und gleichzeitig auf den Strasser-Flügel der NSDAP) berufen, die Werke Wolffheims und Lauffenbergs gleichzeitig lange Zeit in einer bekannten Hamburger autonomen Buchhandlung feil geboten wurden.

Die Politik der KAPD beschreibt Otto-Ernst Schüddekopf in dem Buch "Nationalbolschewismus in

Deutschland":

"Andererseits war man sich bald im klaren darüber, daß es in der Republik nur zwei wirkliche Machtfaktoren gab: die revolutionäre Arbeiterschaft und die Freikorps. Lag dann nicht der Gedanke nahe, "zu versuchen, den Kampf zwischen ihnen zu vermeiden und sie zusammen als Verbündete gegen einen gemeinsamen Feind kämpfen zu lassen?" Dieser Gegner sei das Ententekapital. (Siegermächte des I. Weltkriegs, Anm. d. Red.) *Die Freiwilligenarmee solle die nationale Sache als Kern einer Roten Armee retten und nicht weiterhin gegen die Arbeiter kämpfen. Für dieses Programm prägten die Nationalkommunisten den Begriff: revolutionärer Burgfrieden. Sie verstanden darunter das zeitweilige Zusammengehen des Proletariats mit dem nationalen Bürgertum im Interesse des revolutionären Befreiungskrieges gegen die Entente."*

Zu diesem Zitat muß angemerkt werden, daß der Autor Schüddekopf selbst als nationaler eingestuft werden muß. Seine Sympathie durch das gesamte Werk hindurch gehört eindeutig den Nationalbolschewisten. Die Tatsache, daß er den Begriff "revolutionärer Befreiungskrieg" in diesem Zusammenhang nicht in Anführungszeichen setzt, zeigt bereits ansatzweise seine national-revolutionäre Gesinnung. Dennoch trifft auch die folgende Passage über das 1930 von der KPD veröffentlichte "Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" den Kern:

Im August 1932 (...) betrieb die KPD genau zwei Jahre ihre Politik der Transformation, die anstrebte, in die Front des nationalistischen Kleinbürgertums einzubrechen und dessen Aggressivität von der Sowjetunion hinweg auf die Westmächte zu lenken. Es war ein Versuch, der mit dem "Programm zur nationalen und sozialen Befreiung" von August 1930 begann, mit der kommunistischen Beteiligung am Stahlhelm-Volksbegehren fortgesetzt wurde und seinen Höhepunkt in der Agitation um den Fall des Oberleutnant in der Reichswehr Richard Scheringer 1931 fand .

(Scheringer trat in diesem Jahr von der NSDAP in die KPD über, d. Red.)

Man kann diesen Bemühungen nicht völlig den Erfolg absprechen, gelang doch in einem gewissen Umfange der "Einbruch in die Front des antiliberalen Konservatismus". Die Kommunisten vermochten die NSDAP allerdings nicht zu erschüttern, vielmehr sollten gerade in diesen Jahren viele Kommunisten zum Nationalsozialismus abströmen, der ihnen den Umsturz schneller zu bringen schien."



Die nationalistischen Komponenten in der Politik der deutschen Kommunisten vor der Terrorherrschaft der Nazis und Stalins Haltung in der Nationalismusdebatte hatten unmittelbaren Einfluß auf den Kurs der nach Deutschland zurückkehrenden Kommunisten nach 1945. Der Arbeiterkampf schrieb dazu im Oktober 1990:

"Dem deutschen Imperialismus einen Teil seines Territoriums zu entreißen, um dort einen antifaschistischen Staat aufzubauen — das war der SED zu wenig. Krampfhaft wurde in den ersten Jahren versucht, das "nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" als Druckmittel gegen die Kalte-Krieg-Politik der Westalliierten zu nutzen, wurde Antifaschismus mit Deutsch-nationalismus kombiniert, um ein neutrales Gesamtdeutschland zu erreichen. Als diese Politik nach dem Mauerbau nicht mehr zu halten war, probierte man eine andere Variante: die "sozialistische deutsche Nation" wurde entdeckt, und dafür scheute man auch vor Anleihen in der Geschichte des ultra-militaristischen Preußen nicht zurück. Niemand sollte sich wundern, daß unter diesem Vorzeichen der Nationalismus in der DDR heute so stark ist! Offensichtlich hat er hier nicht, wie Lenin sich das wünschte, als Hilfsmotor für die Abtrennung befreiter Gebiete vom Imperialismus gewirkt, sondern gerade diese Abtrennung unterhöhlt. Umgekehrt wurde eine große Chance verschenkt, einen Staat aufzubauen, der mit der bürgerlichen Begründung seiner Existenz, der Nation, radikal bricht."

Nun wäre dies sicherlich ein heres Unterfangen gewesen, denn die aus der Sowjetunion zur Übernahme der Regierung zurückgekehrten Kommunisten fanden keine anderen Menschen und Denkstrukturen vor als jene in den späteren Westzonen vorhandenen. Sie, die späteren SED-Führer, trafen auf eine Bevölkerung, die wohl nur zum

geringen Teil die Ankunft der Roten Armee ehrlich als Befreiung begriff. Um es überspitzt zu formulieren: Eine Handvoll kommunistischer Kämpfer traf auf einen Haufen besiegter, nicht aber befreiter Kollaborateure und Gefühlsnazis.

Die Herrschenden in der DDR gingen zwar, in Relation zur BRD, konsequent gegen bekannte Nazis, insbesondere Funktionsträger vor, die Denk- und Gefühlsstrukturen der Bevölkerung wurden jedoch niemals problematisiert. Zur nationalistischen Komponente in der Politik der SED und auch der KPD-West bis zu deren Verbot 1956 sei aus Platzgründen auf Heiner Möllers Artikel "National-Kommunismus" in der letzten Dezember-Ausgabe der "konkret" verwiesen.

Trotz antifaschistischen Anspruchs war letztlich auch die SED-Politik rassistisch. Ausländische Beschäftigte waren durch ein rassistisches Klima aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Eine Vielfalt von Maßnahmen wie ghettoisierte Unterbringung in unmenschlichen Baracken und Arbeitsverträge mit Sonderbedingungen brachten diese Atmosphäre zum Ausdruck. Die Bereitschaft der SED, auf Anforderung der SPD 1986 das "Schlupfloch Berlin" durch Visumzwang für Asylsuchende dicht zu machen, ist ein unrühmlicher Beleg für diese Einschätzung.

Der Nationalismus in der Linken machte, welch Ironie, vor Grenzen nicht halt, vor der deutsch-deutschen schon gar nicht. In Westdeutschland konnten die bereits erwähnten Nationalrevolutionäre, die seit langem das Bündnis mit der Linken suchen und teilweise fanden, Ende der 70er enttäuschte Ex-KPDler und versprengte trotzkistische Wiedervereinigungsfans als Mitglieder begrüßen.

Auf dem Titel der ersten Nummer des nationalrevolutionären Blattes "wir selbst" "prangte das Konterfei Rudi Dutschkes. Dessen neulinkes Engagement für "Identität und Geschichte" lobte Eichberg (Henning Eichberg, führender theoretischer Kopf der Naros, d. Red.) *schon 1978 in "das da-avanti", Nr. 11: "Rudi Dutschke hat etwas Systemoppositionelles getan, als er seine Aphorismen wagte. Er hat die nationalrevolutionäre Chance der deutschen Linken bezeichnet. Der Apo-Führer war Outfit für eine diffuse Mischung aus Deutschland-, Friedens und Ökologiebewegtem, Antiimperialismus, Sozialismus und Ethnopluralismus."*

Der das in seinem Aufsatz "Nationale Identität, "Vernunftehe" zwischen Rechts und Links am Beispiel der Zeitschrift "wir selbst" beschreibt, der Autor Heinz Hachel, wird dabei jedoch Opfer seiner eigenen Ironie. Sein Aufsatz steht unmittelbar vor einem Artikel eben jenes Henning Eichbergs "zur deutschen Identitätsfrage". Das ganze übrigens veröffentlicht in der sozialdemokratischen "Niemandsland".

Im Zuge der Konstituierung des neuen Großdeutschen Reiches erleben wir nun unmittelbar einen nationalistischen Schub in der Linken, dessen absurdeste Stilblüten ich wiederum aus dem Arbeiterkampf zitieren möchte:

"Im Februar 1990 legte der Arbeiterbund (für den Wiederaufbau der KPD, d. Red.) ein Programm neu auf, das er 1974 beschlossen hatte. Damals stand es noch unter dem Motto "Deutschland den Deutschen". Als Motto fehlt diese Parole in der Neu-Ausgabe vom Februar zwar, doch im Text taucht es wieder auf. Dort heißt es, man müsse als deutscher Patriot dafür kämpfen, daß "innerhalb dieser Grenzen (Anm.: BRD und DDR) endlich Deutschland den Deutschen gehört."

Zu den großdeutschen Tönen der MLPD zitiert der AK:

"Ohne Zweifel verletzt die Teilung der Nation die Interessen der Werktätigen. Nach dem Sturz der Monopolkapitalisten hier und der bürokratischen Kapitalisten in der DDR kann die Einheit der Nation im Interesse des Volkes wieder hergestellt werden."

Nun sind diese beiden Gruppen, zumindest momentan, nicht in der Verlegenheit, das Augenmerk weiter Teile der Linken auf sich zu ziehen. Anders dagegen, und deshalb für die Auseinandersetzung interessanter, stellt sich die Diskussion um die PDS dar. Zumindest vor der Reichstagswahl war sie ja organisatorischer Anziehungspunkt für eine Reihe gescheiterter Politsemiprofis mit Aufstiegsambitionen und sicherlich Hoffnung für viele, es möge sich endlich etwas bewegen im Kapitalismus. Die plumpe Anbiederei an die Sozialdemokratie war allerdings schon da erkennbar und widerwärtig und Nationalismus war Programm.

Hans Modrows 4-Stufen-Plan zur deutschen Einheit, vorgelegt während seiner 126tägigen Regierungszeit, war zwar hoffnungslos naiv — manche mögen ihn allein dafür —, er war aber durchaus kein nationalistischer Ausrutscher. Er war Vorbote der heutigen PDS-Programmatik. In einem Streitgespräch zwischen Michael Brie (PDS) und Verena Krieger in der gähnend langweiligen und ihren Namen zu Unrecht tragenden Zeitschrift "Streitschrift" erklärt der erstgenannte:

"Das würde mich schon einmal genauer interessieren. Wieso dieses merkwürdige Verhalten zur nationalen Frage? Deutschland kommt vielen Linken nur schwer oder überhaupt nicht über die Lippen. Den DDR-Linken sowieso nicht. Deutschland aber ist ein historisches Faktum. Die Art der Vereinigung ist Verrat deutscher Interessen..."

Und weiter: *"Es gibt Interessen von Deutschen. Ich bin vorsichtig, alle Interessen in Interessen von verschiedenen sozialen Gruppen aufzulösen. Alle Einzelinteressen hängen zusammen. Es wird Politik von und für Menschen gemacht, die in diesem Land leben. Da wird man diesen Begriff schon benutzen müssen. Ich gebe zu, daß man den Begriff "deutsche Interessen" unterschiedlich akzentuieren kann und muß, aber er läßt sich nicht einfach wegschieben, indem man erklärt, es existieren sozusagen nur konkrete individuelle Interessen. Die werden durch diese Politik zusammengepreßt. Wir waren bis jetzt Bürger der DDR und der BRD - nun sind wir Deutsche."*

Wenn "konkrete individuelle Interessen" zusammengepreßt werden in Deutschland, wenn ein Schwachkopf wie Brie, als Linker mißdeutet, vom Verrat deutscher Interessen faselt, wenn sich der Unterschied zwischen Kommunismus, Imperialismus, Nationalismus und Faschismus im unterschiedlichen Akzentuieren deutscher Interessen auflöst, ist nicht nur eine Linke bankrott, die sich auf solcherlei Sozialdemokraten in spe stürzt wie im freien Fall, dann wird auch die Tradition linksnationalistischer Phrasen wieder deutlich, mit denen die PDS arbeitet. Ganz in der Tradition der SED übrigens, von der sie sich so übereifrig bei allen Anlässen distanzieren.

Oliver Tolmein beschreibt in der konkret 9/90 weitere Stilblüten der PDS:

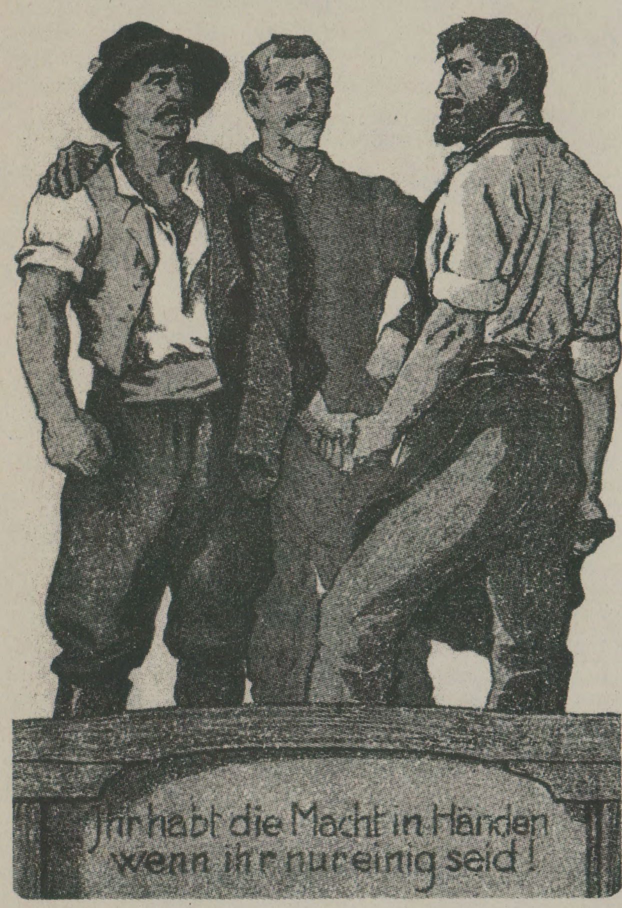
"Deutschland einig Vaterland - das ist doch ein gutes Wort, auch wenn es von manchen auf der Straße mißbraucht wird. Den Einigungsprozeß will und wird niemand aufhalten" (Hans Modrow).

"Es bleibt dabei: Die Partei des Demokratischen Sozialismus ist für die Einheit Deutschlands in einem

Europa freier, gleichberechtigter Nationen und Völker" (Gregor Gysi).

Und darüberhinaus, bei aller Sympathie für den reizenden Gregor Gysi: Eine Partei, die ihre komplette Vergangenheit bewältigend zerreißt aber die Werbeagentur der alten Elan mit der Wahlwerbung beauftragt, hätte keine Stimme verdient gehabt. Wo die Grünen zumindest so ehrlich waren zuzugeben, daß sie das "Getriebe im Sand der Regierung" sein wollten, sprich dem großdeutschen Imperialismus den fehlenden modernen, ökologischen Schliff verleihen wollten, ist der Anspruch, das andere Deutschland repräsentieren zu wollen angesichts des politischen Kräfteverhältnisses hier und in Europa lächerlich.

"Polen ist offen, Ungarn, die Sowjetunion auch. Drum Koppel umgeschnallt, Gott mit uns bzw. Jesus lebt, auf zum dritten Ritt nach Osten, zur doppelten Revanche für Stalingrad: Die deutsche Bourgoisie kriegt, was sie immer wollte, die Töchter und Söhne schütteln die Schuld der Väter ab, indem sie, die Besseren im Troß



der Stärkeren, die Freiheit bringen; Schuldgefühle gegenüber Kommunisten beseitigt man am einfachsten dadurch, daß man die Kommunisten beseitigt."

Zu Hermann L. Gremliza wäre nur noch hinzuzufügen:

Ein Großteil der deutschen Linken ist, wie schon so oft, dabei.

*Gast*artikel

Deutschland: eine Halluzi-NATION

Der im folgenden dokumentierte Beitrag ist als Gastartikel gekennzeichnet. Wir haben, hauptsächlich aus Zeitgründen, auf eine Erwiderung in diesem Heft verzichtet, obwohl wir meinen, dies wäre sowohl inhaltlich notwendig, als auch der Diskussion um die Deutschen-Frage dienlich gewesen. Dank an den Autor.

Wiedergeburt des deutschen Nationalismus?

Mit der Auflösung des Ostblocks erklingt der Ruf nach "Unabhängigkeit" einzelner Regionen, mit der Krise der wirtschaftlichen und politischen Ordnung der osteuropäischen Machtgebilde kehrt das nach Europa zurück, was wir eigentlich aus den Geschichtsbüchern kannten, wenn wir die Kapitel 18. und 19. Jahrhundert aufschlugen: Die Nation. Seitdem der zweite deutsche Staat anfing, das Zeitliche zu segnen, ist auch die "Deutsche Frage" auf die Tagesordnung zurückgekehrt, hat sich der "Zug der Einheit" wie von Geisterhand in Bewegung gesetzt. Nicht ganz, denn noch einmal versuchte das letzte SED-Staatsoberhaupt Hans Modrow sich als Lokführer an die Spitze dieses Zuges zu schwingen, als er aussprach: "Deutschland, einig Vaterland". Ihm haben wir die ärgerliche deutsche Gefühlsduselei auch zu verdanken, und im nachherein bleibt der Eindruck, er hätte den Zug, den Lenin einst als Heizer ins revolutionäre Rußland steuerte, wieder an seinen Ausgangspunkt zurückgebracht.

Doch der anmutende Selbstlauf der "nationalen Frage", das sich als natürlich und urwüchsig darstellende Bedürfnis nach nationaler Identität, ist zumindest in Deutschland ein Schein, eine Fiktion, die durch die Artillerie der Massenmedien und die offizielle Politik erzeugt wurde. Merkwürdig daran ist nur, daß im Zeitalter des Aufbaus der Europäischen Gemeinschaft und eines internationalisierten Weltmarktes soviele Menschen an das glauben, was sich "Nation" nennt. Eine kollektive Halluzination?

Nichts desto trotz scheint es einen nationalen Konsens zu geben. Ehemals kritische Intellektuelle und Schriftsteller üben sich in Opportunismus und fügen nur hinzu, es möge sich um eine Kultur-Nation handeln. Auch bei den traditionellen Gegenspielern der rechten Positionen, den Parteien aus der linken Richtung, regt sich kein Widerspruch; es geht offensichtlich nur darum, eine ökologischere oder sozialere Nation zu schaffen, die "besseren Deutschen" zu sein. Von der Notwendigkeit, den Sinn von Nationalität in Frage zu stellen, keine Spur. Namentlich sind es Grüne, SPD und PDS (soweit man hier von Linken sprechen kann), die sich darum prügeln, "nationale Verantwortung" übernehmen zu dürfen.

Einziger Zwischenton in diesem Konzert sind einige Deutschlandgegner, z. B. der Kreis der Radikalen Linken, die allerdings ihre Fixierung auf jenen Schwachsinn zum Ausdruck bringen, indem sie — obwohl gut begründet — einfach ein "Anti-" davorsetzen. Zwar ist ihre Kritik an der Weltmacht Deutschland und an den sozialen und politischen Folgen zumindest in der Tendenz richtig und notwendig, doch mit diesem Schwerpunktthema ihrer Aktivität übernehmen sie das Vorgegebene, was dazu die herrschende Politik und ihre Begriffe wie "Nation" legitimiert, nur eben negativ. Das hat der Staat nicht verdient.

Besorgniserregend jedoch ist die Position, die einige Libertäre aus der — man staune — anarchistischen Ecke einnehmen, die dafür plädieren, dem Begriff "Nation" eine fortschrittliche Bedeutung zu geben. Ihrer Meinung nach ist das Nationalgefühl ein natürliches (!) Bedürfnis der Massen, das nur noch freiheitlich und anti-hierarchisch gewendet werden muß, und schon hat man eine (National-?) sozialistische Revolution, siehe die verpaßte Chance beim Volksaufstand in der DDR `89.

Instrumente aus dem Gruselkabinett

Anläßlich all dieser Obszönitäten halte ich es für ratsam, mal grundlegend die Bedeutung der "Nation" zu beleuchten: Sowenig es eine Naturgewalt ist, die den ominösen "Zug der Einheit" über uns hinweggerollt hat, als würde sich Geschichte ohne menschliches Zutun ereignen, genausowenig ist die Nation etwas urwüchsiges oder naturgegebenes (ja von wem denn, Gott?). Einen natürlichen Drang des Menschen zur Nationenbildung gibt es weder genetisch als Instinkt, noch als umweltbedingtes Erfordernis im Überlebenskampf mit der Natur; die wilden Tiere wurden nicht ungefährlicher, weil sie in einem deutschen Wald hausten. Es sind immer die Menschen selbst, die ihre Geschichte gemacht haben, bewußt oder unbewußt, und so sind alle Kulturen, Gesellschaften, Vorstellungen und Begriffe menschliche Produkte und abhängig vom Erkenntnisstand der jeweiligen Menschen selbst. Zu keinem anderen Zeitpunkt der Geschichte war es anders, daß immer konkrete Personen einer wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Gruppe die Vorstellungen und Begriffe ihrer Zeit erfunden, geprägt und benutzt haben. Und so läßt sich der Begriff "Nation" eindeutig der aufsteigenden Klasse des Bürgertums im 18. und 19. Jahrhundert zuordnen.

Für das Bürgertum war "Nation" der Kampfbegriff gegen die Feudalgesellschaft, die mit ihren veralteten Privilegien, Gesetzen und Staatsaufbau ein Hemmnis für die sich entfaltende kapitalistische Ökonomie geworden war. Mit dem "Kampf für das Vaterland" wurden auch Bauern und Arbeiter mobilisiert, denen die Nation, bestehend aus

ähnlichen kulturellen Traditionen und Sprache, gemeinsamer territorialer Herkunft, verständlicherweise näher lag, als der Adel als Herrscher vor Gottes Gnaden. Mit dieser identitätsstiftenden Wir-Ideologie gelang es der Bourgoisie, sich politisch durchzusetzen, und es begann der Aufbau des Nationalstaates, der zur Herrschaft über so große Gebiete notwendig war. Der Nationalstaat gewährleistete die "freie" Warenproduktion und den Handel ohne Zollwirrwarr. Mittels vereinheitlichter Nationalsprache, Gesetzen und Verwaltung wurde der Warenverkehr erleichtert.

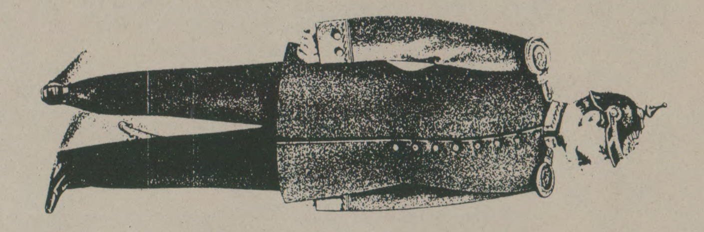
Was ist hier also passiert? Dem Bürgertum ist es gelungen, den Menschen mit einer ideologischen Verkleisterung angebliche Interessengemeinsamkeiten im Rahmen der "Nation" vorzugaukeln, um seine Vormachtstellung in der Gesellschaft zu errichten. Wer die Lebensbedingungen dieser Bourgoisie und die Arbeitsbedingungen in ihren Fabriken kennt, der weiß, wie es um die Gemeinsamkeiten von Kapitalisten und Lohnabhängigen wirklich bestellt war. Und dennoch war es für die Herrschenden immer von Bedeutung, eine Ideologie der Gemeinsamkeiten zu erzeugen, um die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft zu verschleiern. Der Mechanismus ist recht simpel: Es werden einige Merkmale wie Sprache oder Sitten ausgewählt, die in einem Landstrich gehäuft vorkommen und diese dann zu den typischen Eigenschaften der Nation erklärt und hervorgehoben. Andere Eigenarten und Merkmale werden abgewertet und die Unterschiede innerhalb der Nation unterdrückt (Beispiel Baskenland).

Die Entstehung der Nationen ist also von der Entstehung aggressiver Staatsmacht und Kriege nicht zu trennen, durch Unterdrückung und Willkür der Herrschenden erst erzwungen worden. Was Nation ist und was nicht, wird immer von der bürgerlichen Elite definiert, und bis heute wird uns eingeredet, die Eigenschaften der Deutschen wären Gehorsam, Fleiß und andere untertänige Tugenden. Hier ist die nationale Ideologie als Herrschaftsinstrument doch nur allzu offensichtlich. Der Begriff "Nation" ist somit kein wertfreier, den man beliebig füllen kann, er ist politisch besetzt, weil er konkret historisch als bürgerliche Gesellschaftsformation gewachsen ist.

Nun läßt sich vielleicht einwenden, ob es gegenwärtig eine andere Entwicklung der "Nation" geben könne, z. B. am Rande der kapitalistischen Welt, in der Dritten Welt, zumal es dort doch nationale Befreiungsbewegungen mit ehrenvollen Zielen gibt? Ist nicht der Inhalt der "Nation" heute ein anderer; in einer Phase, wo die bürgerlichen Gesellschaften schon verfaßt sind, kann da nicht das "Recht auf nationale Selbstbestimmung", beispielweise in Osteuropa, eine freiheitliche und soziale Bewegung entfachen?

Auch dies muß verneint werden. Nationale Mobilisierung und Selbstdefinition finden konkret geschichtlich immer nur als räumliche, also territoriale Abgrenzung statt, und zwar im Kontext mit Macht- und Wirtschaftsinteressen, die gegen andere konkurrieren. Immer sind es ökonomische und politische Führungscliquen, die mittels eigener Nationalität versuchen, ihre Vorherrschaftsinteressen autoritär zu erweitern oder zu verteidigen. Der Grund dafür ist, daß die nationale Sichtweise/Frage die Gesellschaft nur von AUSSEN ansieht, als einheitliches Ganzes und in der Unterschiedlichkeit zu anderen Nationalstaaten. Damit werden aber die INNEREN gesellschaftlichen Widersprüche, Konflikte und Probleme ausgeblendet und die Unterordnung der Beherrschten unter das nationale Hegemonieprojekt der Herrschenden gefordert. Soetwas kann an sich schon keinerlei Befreiung förderlich sein.

Emanzipatorisch ist nur der erkennende Blick in die Gesellschaft hinein, die Frage nach den sozialen, den gesellschaftlichen Widersprüchen und Beschränkungen, die aufgelöst werden müssen. Der äußere, nationale Rahmen ist hierbei sekundär, weil trotz aller regionalen Besonderheiten sich die wesentlichen sozialen Fragen und gesellschaftlichen Widersprüche innerhalb aller Nationalstaaten in abgewandelter Form gleichen. Außerdem ist die Welt eine ganze, daß heißt, es gibt mitterweile kaum eine gewichtige Frage, die innerhalb eines Nationalstaates isoliert gelöst werden könnte.

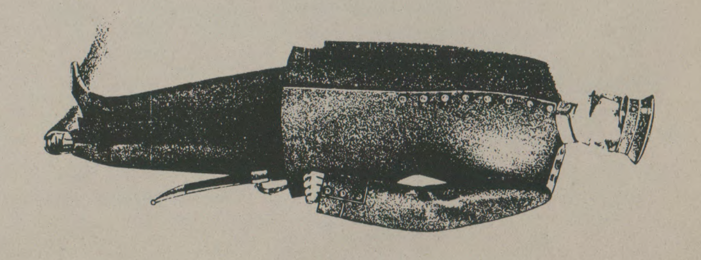


(Die) Betriebsunfälle der Geschichte

Dennoch zieht sich durch die Geschichte eine Linie der Unbelehrbarkeit seitens der jeweiligen "fortschrittlichen" Kräfte, die sich allem zum Trotz das "Nationale" zu eigen gemacht haben, in der Illusion, die attraktiveren Nationalisten sein zu können. Die gesellschaftliche Durchsetzung eines nationalen Konsens war dann auch die entscheidende Vorraussetzung zur Akzeptanz imperialistischer Kriege und des dazugehörigen autoritären Regimes; mit ihrem Eifer, die nationale Stimmung fortschrittlich zu nutzen, hat die Opposition genau das Gegenteil erreicht: Die Stabilisierung reaktionärer Regierungen und aggressiver Politik.

So haben die Liberalen 1870 den Bismarckschen Angriffskrieg gegen den "Erzfeind" Frankreich ermöglicht und die Sozialdemokraten die Mobilisierung zum I. Weltkrieg 1914 gestützt. Obwohl die damaligen Arbeiterparteien den Internationalismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten, hat ihre jahrelange nationale Orientierung und Politik beim Ausbruch der vaterländischen Gefühle alles hinweggeschwemmt. Anstatt den Krieg der herrschenden Bourgoisie zu boykottieren, bliesen sie zur Verteidigung des Vaterlandes.

Ähnlich kraß sah es in der Weimarer Republik aus, als Gewerkschaften, SPD und KPD die reaktionären Rechten in ihrer nationalistischen Agitation überboten. Die erzeugte Stimmung zur "Auferstehung Deutschlands aus den Fesseln" bereitete tatsächlich den Boden für die Befreiung, aber nicht aus den Fesseln des Kapitalismus, wie von den Linken gedacht, sondern aus den Beschränkungen, die die Alliierten dem deutschen Staat und der Wirtschaft nach den Erfahrungen des I. Weltkrieges wohlüberlegt auferlegten. Das Nationalbewußtsein spielte den Faschisten in die Hände, und mit der Machtübertragung liefen die nationalen KPD-Revoluzzer gleich scharenweise über. Sollte das nicht zu denken geben?



Die fröhliche Verkleisterung

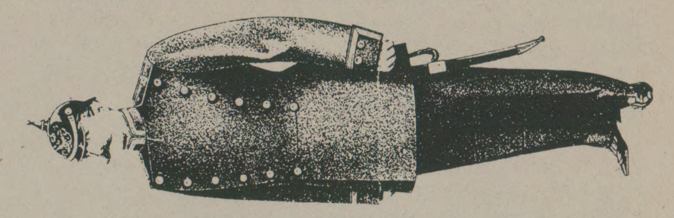
Doch auch heute soll uns glauben gemacht werden, es gebe eine Wichtigkeit der ungeteilten Nation, wir sollen angesichts der nicht enden wollenden "historischen Stunden" Freude und Zufriedenheit empfinden. Die heute herrschende Elite, allen voran Deutsche Bank und Konzerne, wollen mit Nationalpropaganda ihre Eskapade der Wiedervereinigung begründen, notfalls jedoch auch ohne Zustimmung der Bevölkerung durchziehen; deswegen keine Volksabstimmung und Wahlen erst nach der Vereinigung. Ihre ökonomische Expansion soll ideologisch abgesichert werden, sind doch erhebliche soziale Eruptionen in Ost und West zu erwarten. Ihr "Alles für Deutschland" wirkt dennoch lächerlich, wenn man sich ansieht, was die Herrschaften tatsächlich praktizieren: Interessiert sich das Kapital schon seit geraumer Zeit nicht mehr für Grenzen und Nationen — alle großen Konzerne sind transnational strukturiert —, basteln die staatlich-politischen Stellen an der EG. Die offiziell verordnete Deutschtümelei erfüllt also den Zweck, zu verschleiern, daß Politik und Wirtschaft auf Kosten der lohnabhängigen Menschen gemacht wird, und daß die darin enthaltene rassistische Komponente angewandt werden kann, wenn es dienlich erscheint: Obwohl sich dieser Staat vom Nationalsozialismus distanziert, ist das rassistische Prinzip der Blutsverwandschaft bis heute ungebrochen. Wer deutschen Blutes ist, darf einwandern, egal ob er weniger mit diesem Land zu tun hat, als die kulturinteressierte, deutschsprachige Türkin.

Bleibt noch zu betrachten, inwieweit diese Indoktrination greift, und ob die Gefahr besteht, daß sich in Deutschland eine nationalistische, selbsttätige Massenbewegung entwickelt. Im Moment scheint die Regierung ihr Volk nicht so recht begeistern zu können. Sieht man von den zentralen Feiern ab, zu denen die Massen kriterienlos strömen, wenn das Feuerwerk nur imposant genug ist, herrschte bei den provinziellen Vereinigungskundgebungen gähnende Leere. In unserem Stadtteil prasselte die pathetische Rede des CDU-Stars Kelber über das jämmerliche Häufchen von 50 verlorenen Gestalten auf der Rathauswiese hinweg, bis dann das Blasorchester die Peinlichkeit vollendete. Deutschland einig Familienausflug, so sah der Nationalfeiertag aus. Offensichtlich ist auch schon zu vielen klargeworden, wer für die neuen Brüder und Schwestern aufkommen wird.

Aber die geringe Begeisterung für die Wiedervereinigung steht nicht im Widerspruch zum Nationalismus. Kann das einige Vaterland die Angst vor der Einschränkung des Konsumstandards schüren, so ist diese Angst dieselbe Ursache für die Forderung nach der "Festung Deutschland". Keine Ausländer sollen unseren Wohlstand "klauen", und darum kann sich auch der letzte Verlierer mit den falschen Verhältnissen in diesem Lande identifizieren, nur in der Hoffnung, doch irgendwie am Reichtum der Metropolen teilzuhaben. Der Wunsch nach Partizipation an den durch Ausbeutung geraubten wirtschaftlichen Privilegien der deutschen Gesellschaft im Weltmaßstab ist die Schubkraft für Rassismus und Deutschtümelei.

Es lassen sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse erkennen, die zwar punktuelle, aggressive Übergriffe auf alles "Undeutsche" erlauben und künftig erweitern, weil diese Attacken in eine nationale Grundstimmung eingebettet sind, von Massenbewegung kann allerdings keine Rede sein, wie die gesellschaftliche Isolation neofaschistischer Organisationen und militanter Randgruppen wie Skinheads zeigen. Auch ihre Mobilisierungsmöglichkeiten sind begrenzt, dennoch nicht ungefährlich.

Statt Nationalbewußtsein oder vaterländischem Engagement hat sich eher eine diffuse, überhebliche Selbstverständlichkeit breitgemacht. Selbstverständlichkeit des Erfolges und Konsumvorteils, Selbstverständlichkeit der autoritären Haltung und des rassistischen Ressentiments gegen alle vermeindlichen Konkurrenten und Kritiker. National ist diese stupide Ignoranz nur insofern, als der chauvinistische Aspekt gelegentlich hilfreich ist, die eigenen Kosuminteressen besser zu verteidigen und als gegenseitiges Einverständnis, daß die Deutschen auch weiterhin auf der Gewinnerseite zu stehen haben.



Zur psychischen Lage der Nation

Der Sozialwissenschaftler Wolfgang Pohrt hat in seiner Studie über den psychischen Zustand der Deutschen die Erkenntnis gewonnen, daß den Nationalisten, Rassisten und Faschisten in diesem Land die Werte wie Vaterland in Wirklichkeit am Arsch vorbeigehen. Dennoch ist bei der Untersuchung des deutschen Sozialcharakters deutlich geworden, daß wesentliche Grundzüge der autoritären Persönlichkeit weiterhin vorhanden sind. Die Persönlichkeitsstruktur des autoritären Charakters, die sich in ihrer heutigen Autoritätsfixierung ungetrübt in vorauseilender Unterwerfung unter die Macht und offiziell geforderten Verhaltensweisen übt und als Ausgleich für die eigene Unterdrückung die nächst Schwächeren haßt, dieser sado-masochistische Persönlichkeitstyp ist noch aktuell. Jene psychischen Deformationen bilden schließlich die Grundlage für Ressentiment und Rassismus auf ihrer sadistischen Seite und Kadavergehorsamkeit und Mitläufertum auf der masochistischen; alles Voraussetzung für chauvinistische Ambitionen und Faschismus.

Wenn es trotzdem heute schwerlich zu einer faschistischen/chauvinistischen Massenbewegung in Deutschland kommen kann, dann deshalb, weil der High-Tech-Kapitalismus den unbewußten Menschen mittlerweile weiter deformiert, den autoritären Charakter modifiziert hat, indem neue Elemente persönlicher Haltung dazugekommen sind. Das, was bei Sozialpsychologen und Pädagogen als Phänomen des "narzißtischen Charakters" (Narziß = Eigenliebe) die Runde macht, ist ein Hinweis darauf, daß die Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zunehmend gravierend gestört sind, über den Horizont der eigenen Bedürfnisbefriedigung nicht mehr hinauskommen und sämtlichen Weitblick verlieren. Somit steht die unmittelbare (Konsum-) Bedürfnisbefriedigung im Lebensmittelpunkt, und auf jede Beeinträchtigung derselben reagieren die menschlichen Subjekte - aufgrund Nichtbegreifens der Welt - mit panischer Angst und vor allem mit Aggression. Dieses Phänomen zeigt deutliche Parallelen zum (Drogen-) Suchtverhalten auf. In so einem psychischen Zustand findet Engagement nur kurzfristig zur Stillung der Bedürfnisse und für die individuellen, unmittelbaren Interessen statt.

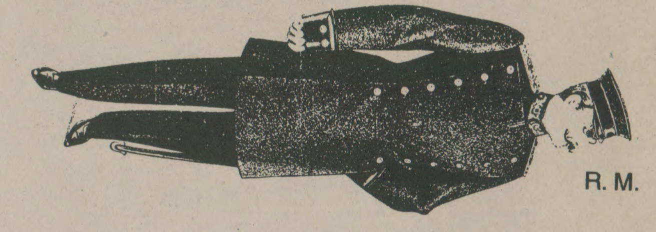
Somit wäre erklärbar,warum sich die Masse nicht für höhere Werte wie Vaterland und Führer, oder zu kontinuierlicher Bewegung und Politik mobilisieren läßt; das ginge über den Horizont der Unmittelbarkeit hinaus. Um so vehementer bricht die Volksseele allerdings los, wenn es an den Speck geht, wenn die Benzinpreise steigen oder wenn mit den Brüdern und Schwestern, oder gar mit Asylanten, geteilt werden soll. Und so sind rassistische und autoritäre Ausbrüche an den gesellschaftlichen Fragen abzuzählen, wo die Interessen des deutschen Bürgers bedroht sind.

Barbarisierung der Verhältnisse

Auch wenn ein neuer Faschismus nicht vor der Tür steht, ist zu erahnen, was zukünftig auf uns zukommt. Selbst ohne Parteivolk im Sportpalast ist der Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht innenpolitisch nicht unbedenklich. Jede Weltmacht hat im Weltgefüge Ordnungsfunktionen, die von Staatsseite nur bei ausdrücklicher Stabilität im Inneren erfüllt werden können. Um diese zu gewährleisten, sind präventive Verschärfungen, die Einschränkung der politischen Bewegungsfreiheit zu erwarten. Autoritäre Lösungen von gesellschaftlichen Problemen werden sich schließlich ausbreiten.

Dazu kommt, daß die globalen Umstrukturierungen und die Fortentwicklung des Kapitalismus bei steigender Entfremdung eine zunehmende intellektuelle, psychische und physische Verarmung und Verelendung der Menschen mit sich bringen wird. Die Entwicklung der High-Tech-Gesellschaft führt zur weiteren Auflösung der sozialen Milieus und der traditionellen Werte, so daß mit Individualisierung und Isolation der Menschen sich die sozialen Lebensverhältnisse kraß verschlechtern werden. Die daraus entstehende Angst und Aggressionen werden sich nicht nur verstärkt gegen die ausgegrenzten Randgruppen, die auch von offizieller Politik stigmatisierten, wenden, wie der steigende Hooliganismus gegen Wohnprojekte und Ausländer in Ost und West vorführt; auch innerhalb der zentralen Gesellschaftssphären erhöht sich die Gewalt aller gegen alle. Besonders die Schwächeren werden zunehmend Opfer, betrachtet man die Raten von Kindesmißhandlung und Raubmorden an alten Menschen.

Es gibt also eine unübersehbare Tendenz der Barbarisierung der Verhältnisse, und kein Bruttosozialprodukt und kein Sieg im Golfkrieg wird den Verlust an Lebensmöglichkeit und -qualität aufwiegen können. Ganz unbeeindruckt von der wiedergewonnen Freiheit der Menschen in Osteuropa scheint sich die Durchsetzung der westlichen Systeme gegen den sogenannten Realsozialismus als Pyrrhussieg zu entpuppen. Und auch wenn die östlichen Regimes den Sozialismus diskreditiert haben und zurecht ihren eigenen Untergang zelebrieren, führt doch kein Weg am Engagement für eine vernünftige Gesellschaft vorbei, weil der Kapitalismus einer menschlichen Kritik nicht standhält und als überholte, prähistorische Formation nur noch in der Lage ist, seine destruktiven Kräfte zu entfalten.



R. M.

---

*Gast*artikel

Es gibt ein Leben nach dem KB

Es spricht sich herum: der Kommunistische Bund ist am Ende. Spaltung, Auflösung in die Radikale Linke, Übertritt in die PDS, das sind die Stichworte, die in diesem Zusammenhang zu hören sind. Manche wird's freuen, manche bedauern diese Entwicklung - und vielen wird sie schlicht und einfach egal sein, allenfalls die weitere Entwicklung des "Arbeiterkampf - Zeitung des Kommunistischen Bundes" (in den letzten Jahren nur noch "AK") dürfte noch Interesse hervorrufen. Schon seit einiger Zeit ist die Anfang der 70er Jahre als ML-Gruppe gegründete Organisation in sich tief gespalten: die Herausbildung von zwei Fraktionen wird den aufmerksamen AK-LeserInnen nicht entgangen sein. Daß der interne Streit von außen trotzdem nicht recht zu durchschauen ist und sich auf die Schlagwörter "PDS-Option" und "RL-Option" verkürzt, hängt durchaus mit den unguten Traditionen kommunistischer Organisationen zusammen, die auch der KB - bei allen positiven Unterschieden zu mittlerweile längst verblichenen selbsternannten Avantgarden der Arbeiterklasse - mit sich herumträgt. Schon in den 80ern erwies sich der KB größtenteils als unfähig, notwendige Denkanstöße für die Weiter- und Neuentwicklung linker Positionen aufzunehmen und kollektiv zu diskutieren. Auch seine praktische Bedeutung verlor sich zusehends. Spätestens als die "Strukturdebatte" (Herbst '89) über den Zustand der innerorganisatorischen Demokratie mehrheitlich als Bedrohung begriffen wurde und es nicht gelang, sie produktiv zu nutzen, war deutlich, daß sich der KB überlebt hatte. Noch gewichtiger für das Ende der Organisation waren allerdings die unterschiedlichen Einschätzungen der Aufgaben der Linken angesichts der - damals noch drohenden - Wiedervereinigung (radikale linke Polbildung » "Nie wieder Deutschland"-Orientierung der 'Minderheit', Setzen auf "Anschluß"gegner und sozialen Protest in der DDR, » Hoffnungsträger PDS der 'Mehrheit').

Hoch und Tief der 'Mehrheit'

Die 'Mehrheit war dann maßgeblich am Aufbau der Linken Liste/PDS beteiligt. Umfassend diskutiert wurde dieses Engagement - das auch mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über getrennte Wahlgebiete nicht revidiert wurde - nicht einmal in der 'Mehrheit', gegenüber Kritiken aus der 'Minderheit' wurde hart abgeblockt und jede Diskussion verweigert. Höhe- und Endpunkt dieser "Politik der Stärke" war der 24.11.90, wo bei einem 'Mehrheits'treffen bei nur drei Gegenstimmen die organisatorische und publizistische Trennung beschlossen wurde. Statt der unerträglichen 'Minderheit' wurden Mitherausgeber rechts vom KB anvisiert bzw. geprotzt, den AK allein herauszugeben. Beklagt wurde lediglich, daß wieder nicht über die Handhabe gesprochen wurde, wie der Beschluß schnell umgesetzt werden könne. Die Reichstagwahl vom 2.12.90 hat die 'Mehrheit' allerdings desillusioniert. Das katastrophale Wahlergebnis der PDS-West brachte he. (im A 325) zu der Feststellung, daß "die PDS (...) im Westen keine linke Alternative (ist), und die Westlinken, einschließlich meiner eigenen Person, die versucht haben, der PDS über diesen Wahlkampf einen Weg in die BRD-Gesellschaft und die BRD-Linken zu ebnen, (...) an dieser Aufgabe (für diese Wahl) gescheitert (sind)." Recht realistisch wird auch in den Auswertungspapieren der 'Mehrheit' be-

schrieben, weshalb die PDS kein sinnvoller Ansatz für linke Perspektiven ist: das Präsidium überhole die Basis von links. Geschlußfolgert wird daraus allerdings: "Voraussichtlich bündelt sich der Meinungsbildungsprozeß an den Knotenpunkten Führungsgremien und der Fraktion. Da beteiligt zu sein, ist einen Versuch wert." Da die 'Mehrheit' MitarbeiterInnen in PDS-Fraktion und -Vorstand hat, haben zumindest Teile der 'Mehrheit' ja für die Zukunft ein Betätigungsfeld. Das niederschmetternde Wahlergebnis und der zunehmende Druck durch die Kritik an dem undemokratischen Trennungsbeschluß (die Forderung der 'Minderheit' nach einem Kongreß als einziger Versammlung mit Entscheidungskompetenz über Trennung fand eine breitere Resonanz) führte zu einem Teilrückzug der 'Mehrheit': auf ihrem letzten Treffen war die Haupttendenz Ratlosigkeit. Inzwischen wird eingestanden, daß die 'Mehrheit'den AK nicht allein herausgeben kann, die Suche nach MitherausgeberInnen ist erfolglos geblieben. Notgedrungen beginnt sie sich mit der Durchführung eines Kongresses anzufreunden.

Und die 'Minderheit'?

In der 'Minderheit wird endlich mit dem Aufbau eigener Strukturen begonnen, die Diskussion um die eigenen Inhalte kommt langsam in Gang. Dabei zeigt sich, daß sowohl das Engagement in der RL als auch der Wahlboykottaufruf zu den Reichstagswahlen umstritten und keineswegs vereinheitlicht sind. Unumstritten ist, daß die 'Minderheit' sich öffnen will und muß, um neue Gedanken und Ansätze für die Debatte um die Perspektiven linker Politik aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Dagegen soll vorläufig an dem AK festgehalten werden, da er momentan für die Linke ein wichtiges Organ darstellt und ein Ersatz (noch) nicht in Sicht ist. Die 'Minderheit' schlägt daher eine Art "Dachkonzept" vor, das vorsieht, den AK für eine Übergangszeit von zwei getrennt organisierten Gruppen gleichberechtigt herauszugeben. Das setzt Kompromißfähigkeit von beiden Seiten voraus und erfüllt von daher nicht die Vorstellungen der AutorInnen dieses Artikels von der "Traumzeitung", weder strukturell noch von den Themenschwerpunkten. Aber auch für den vorgeschlagenen Dach-AK gibt es für uns einige unverzichtbare Essentials: unserer Meinung nach müssen im AK in Zukunft wesentlich stärker die Themen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus vertreten sein sowie endlich die Berichterstattung und Auseinandersetzung mit Gentechnologie und "Euthanasiedebatte" begonnen werden. Unbedingt gehören für uns die Aufarbeitung und Erneuerung kommunistischer Politik und die Auseinandersetzung mit feministischer Theorie und Praxis dazu. Das ist eine lange Wunschliste. Wie weit sie innerhalb der 'Minderheit' nur Anspruchsdenken ist, bleibt abzuwarten, und ob diese Essentials von der 'Mehrheit' geteilt werden, erscheint uns sehr fraglich. Dennoch muß der Versuch unternommen werden, mit ihnen um eine Dach-AK-Konzeption zu streiten.

Die Angst des KBlers vorm Alleinsein

Die Trennung des KB ist notwendig. In der Praxis besteht sie größtenteils schon; zu deutlich haben sich die politischen Vorstellungen auseinanderentwickelt. Die Spaltung kann für beide Teile nur von Vorteil sein, denn bisher einte beide Seiten vorwiegend der Kampf gegeneinander. Aber nun können und müssen die Widersprüche, die über die Aufgaben der Linken in beiden Fraktionen untereinander bestehen, diskutiert und angegangen werden. Dies kann zur Klärung von Problemen aller Linker beitragen. Vielleicht schafft es der KB ja doch noch, im Gegensatz zur langen negativen Geschichte von kommunistischen Organisationen, mit Gewinn für die gesamte Linke von der Bühne abzutreten.

Zelle Paradies


PAY NO
POLL TAX

This is the real community charge

In Großbritannien tut sich was: Nach elf langen Jahren hat Margret Hilda Thatcher endlich den Hut genommen. Ihre strikte antieuropäische Außenpolitik, der innenpolitische Streit über die Poll Tax und nicht zuletzt das Ausbleiben des herbeigesehnten und -geschriebenen Erfolgskrieges am Golf, haben ihr politisch das Genick gebrochen. Die englische Wirtschaft hat sie vom Thron geputscht und auch das Wahlvolk hätte ihr vermutlich die Gefolgschaft verweigert. Ob Maggies persönlicher Abgang auch ein Ende des Thatcherismus in seiner für Europa wegweisenden Form bedeutet, können wir nicht sagen. Ihr Nachfolger im Vorsitz der Conservative Party ist John Major, ein Mann so charismatisch wie ein Resopal-Küchenschrank. Wie er Thatchers Erbe verwalten wird, ist im Moment noch nicht abzusehen.

Obwohl wir der Meinung sind, daß die Auseinandersetzungen um die Poll Tax bei Thatchers Sturz nur eine Nebenrolle gespielt haben, wollen wir im folgenden einen zusammenfassenden Überblick über die Ereignisse im Zusammenhang mit der Poll Tax geben:

The Battle of Trafalgar Square

Am 31. März dieses Jahres kam es in der City of London während einer Demonstration gegen die Poll Tax zu den wohl schwersten Ausschreitungen, die je im unmittelbaren Zentrum des Geschäfts-, Banken- und Regierungswesens stattgefunden haben, von Wat Tylers Landarbeiteraufstand 1381 abgesehen. Nach fünf Jahren "relativer Ruhe", in denen sich die Polizei vorrangig der Unterdrückung der Black & Asian Communities, der Verfolgung aller Iren als Terroristen und der paramilitärischen Zerschlagung von Acid-House-Parties (!) widmete, wurde sie am Trafalgar Square von über 3000 Militanten regelrecht hinweggefegt. Vorangegangen waren ständige Provokationen der etwa 2000 auf ihre heilige Autorität vertrauenden Polizisten gegen den etwa 200 000 Menschen großen Demonstrationszug. Für die Polizei, die im Verlauf der mehrstündigen Straßenschlacht um die 500 Verletzte verzeichnete, mag dieser Riot überraschend gekommen sein. Wenn mensch sich allerdings etwas eingehender mit der Poll Tax beschäftigt, ist es leicht verständlich, warum 10 000e die Angriffe auf die Polizei und die Plünderungen von über 394 Banken und Geschäften in der Innenstadt aktiv oder passiv mittrugen.

Die Poll Tax

Die Poll Tax ist das jüngste Kind des Thatcherismus. Als eine Art Kopfsteuer soll sie zur Deckung aller kommunalen Ausgaben dienen, z. B. Sozialhilfe, Müllabfuhr, Gesundheitswesen, Bücherhallen etc. Meyers Großes Taschenlexikon weiß über die Kopfsteuer folgendes zu sagen:

"Steuer, die ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des einzelnen von den Steuersubjekten in gleicher Höhe erhoben wird; gegenwärtig sehr selten."

Geschichtlich läßt sich ergänzen, daß die Kopfsteuer als Steuersystem in Kombination mit der "Hüttensteuer" in den Kolonien ihren Höhepunkt fand, wo sie in Form von Arbeitsleistung erbracht werden mußte.

In Großbritannien wurden bisher alle Engländer, Waliser und Schotten nach ihrem Grundbesitz besteuert, d. h. eine 5köpfige Familie in ihrem Liverpooler Reihenhaus zahlte weniger als der Gutsbesitzer in Kent. Dieses Steueraufkommen wurde zentral für die einzelnen Steuerbezirke kassiert und dann nach Bedarf wieder an die einzelnen Bezirke und Gemeinden verteilt. Reiche Gemeinden eines Steuerbezirks trugen also, mehr oder minder ausreichend, die Last der ärmeren Gemeinden mit. Die Gemeinden konnten mit ihrem zugeteilten Budget relativ "frei" wirtschaften, d.h. eine von der Regierung in London unabhängige Sozialpolitik fahren.

Weil dies einigen Peers (oberhausabgeordnete Adlige) in Thatchers Tory-Party unsportlich und fast schon sozialistisch erschien, und weil die freiwillige britische IWF-Roßkur eine drastische Senkung der Sozialausgaben vorsieht, beschloß Maggie, dies zu ändern. "Fortan", sagte sie, "sollen diejenigen, die soziale Dienstleistungen in Anspruch nehmen, diese gefälligst auch finanzieren." Die Besteuerung wurde also dezentralisiert, jede Gemeinde muß nun für ihre Sozialausgaben selbst aufkommen. Und weil natürlich die dichtbesiedelten Ballungsräume höhere Sozialausgaben auf kleinerer Fläche haben, wurde aus der Grundsteuer zwangsläufig eine Kopfsteuer. Jede/r einzelne über 18jährige BewohnerIn eines Einfamilienhauses in Liverpool hat jetzt also ein Vielfaches von dem zu zahlen, was z. B. der Gutsbesitzer in Kent abdrücken muß. Der zaghaften Kritik, daß die hohen Sozialausgaben in den Ballungsräumen vielleicht ja in einem Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, schlechter Ernährung und beengten Wohnverhältnissen, d. h. auch mit akuter Zahlungsunfähigkeit stehen könnten, schenkte Maggie, wie üblich, ein mildes Lächeln: Nonnen und Mönche, Gefängnisinsassen und Geisteskranke sind von der Steuerpflicht befreit, SoziempfängerInnen, Arbeitslosen und StudentInnen wird, nach Höhe der Steuersumme, ein Rabatt von bis zu 60% gewährt. Viel präziser als jede andere Waffe trifft die Poll

die Steuereintreiber kam, über ihr Vorgehen gegen NichtzahlerInnen entscheiden. Daß es zu Mahnungen und Gerichtsverfahren kommen würde, war von vornherein klar; entscheidend war jedoch die Frage, ob die Gemeinden den NichtzahlerInnen Gerichtsvollzieher in die Häuser schicken würden. Selbst wenn sich einzelne Gemeinderäte wie z. B. Hackney in London dagegen aussprachen, weil es dort nichts zu pfänden gibt, droht den BoykotteurInnen immer noch Knast. Im Zuge der Ratssitzungen kam es in 18 Städten zu größeren Auseinandersetzungen mit der Polizei, Angriffen auf die Rathäuser und Plünderungen von Einkaufszentren.

Die Tories versuchten, in "Militant" die Initiatoren der Riots auszumachen. "Militant" ist eine trotzkistische Strömung innerhalb der Labour-Party, deren Ziel es ist, soviel Menschen wie möglich in die Labour Party zu holen, um dann irgendwann den Laden zu übernehmen. Ihr Name hat dementsprechend wenig mit ihrer Politik zu tun (s. u.). Neil Kinnock (Labour-Chef) beeilte sich aufgrund dieser Anschuldigungen, die Labour-Position deutlich zu machen: "Die Poll Tax ist ungerecht, aber zahlen muß man sie trotzdem, denn sie ist Gesetz". Und er versprach, neben den üblichen Verdammungen der Gewalt, eilig über einen Ausschluß von "Militant" nachzudenken. Wie überflüssig solche Gedanken sind, sollte sich dann am 31. März zeigen. Tatsächlich sitzen "Militant" und andere der unzähligen heiligen trotzkistischen Splittergruppen in bester Kadermanier neben Labour und bürgerlichen Vertretern in allen nationalen Gremien der Anti-Poll-Tax-Bewegung (NAPTF); in der Praxis sind sie mit ihren Parteiinteressen aber eher die Weichspüler, auch wenn sie versuchen, über die Logistik des Widerstands die Inhalte zu bestimmen. So distanzierte sich "Militant" nach dem 31. März nicht nur von den Riots, sondern kündigte öffentlich an, die Namen aller an den Ausschreitungen beteiligten (sofern bekannt) an die Polizei weiterzuleiten und sich an der Identifizierung zu beteiligen. Damit reihten sie sich nahtlos in den Chor der Pressestimmen ein, die Bilder angeblicher "Chaoten" veröffentlichten und zu Denunziation und Lynchjustiz aufriefen ("Get the bastards"; "If you see 'em, chop 'em").

Repression: "Operation Carnaby"

In der für englische Verhältnisse einzigartigen Verfolgungswelle war eine Sonderkommission von 125 Kripo-Bullen damit beschäftigt, aus über 90 Stunden Videobändern und mehr als 30 000 Fotos Belastungsmaterial gegen angebliche GewalttäterInnen zusammenzustellen. Die Filmaufnahmen wurden darüberhinaus per Computer mit den ED-Karteien linker AktivistInnen abgeglichen. In Folge dieser "Operation Carnaby" wurden zusätzlich zu den 339 vor Ort festgenommenen 120 Leute in ihren Wohnungen oder von der Straße weg verhaftet. Die bisher ausgesprochenen Urteile (alles Leute, die sich "schuldig" bekannt haben) lauten von 450.- DM für die Behinderung von Polizeimaßnahmen (sprich: Anwesenheit) über 28 Tage Knast für den Diebstahl einer Flasche Parfüm bis zu zwei Jahren Knast für den "Tritt gegen ein Einsatzfahrzeug", das dem Angeklagten mit hoher Geschwindigkeit über den Fuß raste, als dieser in einer Gruppe von Demonstranten stand. Unter den offenen Verfahren sind auch Anklagen wegen versuchten Mordes an Polizeibeamten. Obwohl die Hetzkampagne gegen "die Gewalttäter" in einzelnen Fällen Erfolg hatte — Eltern zeigten z. B. ihre Tochter an —, hat die Unterstützung und Akzeptanz auch militanter Anti-Poll-Tax-Aktionen nach dem 31. März weiter zugenommen, je konkreter der Zahlungsdruck wurde. Zum Teil mußten sich Ortsgruppen von "Militant" von den Erklärungen ihrer Parteiführung öffentlich distanzieren, um nicht aus den regionalen Zusammenhängen zu fliegen.

In Folge der Ereignisse vom 31. März bildete sich neben der National Anti Poll Tax Federation die ebenfalls GB-weite, aber von militanten Gruppen mitbestimmte Trafalgar Square Defence Campaign (TSCD), die neben der Betreuung der Gefangenen und Angeklagten auch die Möglichkeit bedeutet, den Widerstand gegen die Poll Tax anders zu thematisieren. So rief die TSCD für den 20. Oktober von sich aus zur Blockade des Magistrate Courts in London, einer Demonstration durch Lambeth, Brixton und Clapham mit anschließender Blockade des Brixtoner Gefängnisses auf, obwohl "Militant" und die NAPTF lieber nur eine Kundgebung mit kulturellem Rahmenprogramm in einem der zahlreichen Londoner Parks abgehalten hätten.

Die Demonstration, um die sich "Militant" nicht mehr drücken konnte, auch wenn sie sich nur die Hälfte der Strecke beteiligten, brachte immerhin 10 000 Menschen auf die Straße, darunter etwa 2000 Militante und Sympathisanten. Der Zug wurde von ca. 2000 Bullen in lockerem Spalier begleitet, ohne das etwas passierte. (Das liest sich etwas gespreizt, weil englische Militante eben keine Autonomen und englische Bobbies etwas anderes als der Einsatzzug Mitte sind; für alle Flachköpfe: ohne Wertung wer oder was nun schlimmer, besser oder härter ist). Noch während der NAPTF-Kundgebung im Brockwell Park formierte sich ein zweiter Demozug von etwa 2000 Menschen, um zum Brixton Prison zu gehen (die Anmelder der Blockade hatten mit 300 TeilnehmerInnen gerechnet). Das Gefängnis von Brixton hat den Ruf, der übelste Knast Englands zu sein; die Zahl der "Selbstmorde" ist überdurchschnittlich, ebenso die Todesfälle mit ungeklärter Ursache oder fragwürdigen Begleiterscheinungen vor allem bei schwarzen Gefangenen. Die Polizei zog zur Begleitung dieser Demo fast alle Cops vom Brockwell Park ab, und nachdem die Riot Police (entspricht etwa der Bereitschaftspolizei) den Zug noch vor Erreichen des Knasts stoppte, war klar, daß sie es auf Eskalation angelegt hatten. Das Ganze endete in einem dreistündigen Running Riot, in dem die zahlenmäßig überlegenen Bullen die überwiegend ziemlich planlosen Demonstranten aus Brixton raustrieben. Der Versuch, Barrikaden über die Hälfte (!) der Straße zu errichten, wurde von den wenigen schwarzen Bewohnern Brixtons, die sich das Spektakel ansahen, unbeteiligt registriert. Das der Riot mit ungefähr 120 Festnahmen (meistens banale Anklagen) und zahlreichen Verletzten das erste Heimspiel der Bullen in Brixton und die gewünschte Rache für Trafalgar Square wurde, hat verschiedene Gründe, mit denen wir uns in einer der nächsten Ausgaben beschäftigen werden.

Die möglichen Folgen

Die Poll Tax hat soviele Menschen wie nie zuvor gegen Margret Thatchers Politik aufgebracht und auf die Straße getrieben. Dieser Druck hat sicherlich mit zu ihrem Rücktritt beigetragen, obwohl die eigentlichen Gründe eher in der Ablehnung von Thatchers Anti-Europa-Politik durch wesentliche Teile der englischen Wirtschaft zu sehen sind. Mit der Wahl von John Major hat sich die Tory-Party im Bezug auf die Innenpolitik alle Türchen offengehalten. Major verkörpert, wie Thatcher, die Selfmade-Man-Einstellung der neuen englischen

Tax ausschließlich die sozial schwachen und unterprivilegierten Teile der Gesellschaft; alle Gemeinden, die die Poll Tax nicht aufbringen können, sind gezwungen, ihre Sozialausgaben drastisch zu kürzen, d. h. Thatchers Sozialpolitik zwangsweise voll zu übernehmen. In Verkaufsanzeigen für Immobilien in der Londoner City wird hingegen damit geworben, daß die Grundsteuer durch die Poll Tax nur noch einen Bruchteil der früheren Summe betrage.

Maggie ließ jedoch — dumm war sie nicht — allen Zahlungsunfähigen ein Hintertürchen offen. Bekanntlich gibt es in Großbritannien keine Meldepflicht wie hier. Das einzige einigermaßen vollständige Erfassungsinstrument ist das Wahlregister, in das sich alle über 18jährigen alle vier bis fünf Jahre neu eintragen müssen, sofern sie ihr Wahlrecht nicht verlieren wollen. Nur der Vollständigkeit halber — und nicht etwa, weil die Poll Tax ein Instrument unmittelbarer sozialer Kontrolle ist — ist deshalb die Erhebung der Poll Tax an den aktuellen Eintrag ins Wahlregister gebunden. Wer nicht zahlen will oder kann, braucht sich einfach nicht einzutragen. Eine Ausdehnung der Steuererfassung über andere Register, z. B. Arbeitsamt, Sozialamt, Wohnungsamt ist durchaus vorstellbar.

Die Verknüpfung von Wahl- und Steuerrecht ist nun durchaus nichts Neues für Großbritannien. Seinen Ruf, die "Wiege der Demokratie" zu sein, verdankt GB der Tatsache, daß die Monarchie von ihrer steuerlichen Haupteinnahmequelle Zugeständnisse machen mußte. Der Landadel und das reiche Stadtbürgertum wurden über das House of Commons an der politischen Macht beteiligt, durften sich selber wählen und wählen lassen. Das war 1295 mit Sicherheit etwas einmalig fortschrittliches. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts jedoch mit einem Wahlrecht des hohen Mittelalters konfrontiert zu werden, ist selbst uns, als hartnäckigen Verneinern des Parlamentarismus, ein wenig zu viel.

Widerstand gegen die Poll Tax

Bereits 1988 wurde die Poll Tax in einer Art Probelauf in Schottland eingeführt. Trotz überwiegend ländlicher Besiedelung bildete sich dort — und in der Folge auch in England und Wales — sehr schnell eine breite Widerstandsbewegung ähnlich der ersten Volkszählungsboykott-Kampagne hier, nur massiver und konsequenter. Nicht zuletzt deshalb, weil es hier nicht um Daten, sondern um Geld geht. Die Gruppen, die den Widerstand gegen die Poll Tax im wesentlichen tragen, existieren z. T. bereits seit vier Jahren und sind überwiegend auf lokaler Basis organisiert. Ihre Arbeit bestand zunächst hauptsächlich in Agitation gegen die Erfassung im Steuerregister. Nachdem klar war, daß diese Erfassung auch über das Wahlregister laufen würde, änderte sich der Schwerpunkt hin zum "Non-Payment" (Nicht zahlen). Heute besteht die Arbeit in erster Linie in der Blockade der Bezirksgerichte, wo die Prozesse gegen NichtzahlerInnen angelaufen sind, sowie im Nachbarschaftsschutz gegen die Gerichtsvollzieher. Auf nationaler Ebene hat sich neben den einzelnen, sehr gemischt zusammengesetzten Gruppen, noch ein überregionaler Zusammenhang, die National Anti Poll Tax Federation (NAPTF), gebildet. Sie hat wenig Einfluß auf die Arbeit vor Ort, ist aber gleichzeitig das wichtigste Organ zur Selbstdarstellung der Anti-Poll-Tax-Bewegung in den überregionalen Medien. Deshalb wird dieser Zusammenhang auch von bestimmten Gruppen dominiert, von denen später noch die Rede sein wird.

Obwohl die Erfassung aller Zahlungspflichtigen in Schottland nach über zwei Jahren immer noch nicht abgeschlossen ist und die offizielle Quote der Nichtzahler bei 22% liegt, wurde 1989 in England und Wales mit der Erfassung begonnen. In diesem Frühjahr mußten die englischen Gemeinderäte mit Blick auf Schottland, wo es erfolgreich zu Blockaden und militanten Aktionen gegen



Mittelschichten. Er ist, taktisch sehr geschickt, nie offen gegen seine Chefin angetreten wie z. B. der ehemalige Finanzminister Nigel Lawson. Er trat auch nie daneben, im Gegensatz zu Thatchers Ziehvater Nicholas Ridley mit seinem genialen Kohl-Hitler-Vergleich im Juli '90. Deshalb ist er heute immer noch da.

Die einzige politische Vorgabe für Major — eine Umorientierung in der Europapolitik — wurde im letzten Sommer noch unter Thatcher in Angriff genommen. Mit dem Beitritt zur Europäischen Währungs Union haben die Tories den einseitig proeuropäisch bestimmten Labour-Wahlkampf vollkommen auflaufen lassen.

Es ist kaum zu erwarten, daß Kinnocks Labour-Party diese Schlappe bis zu den Wahlen auf innenpolitischem Boden wieder gutmachen kann. Daß die Labour-Party politisch keine "Alternative" zu einer Tory-Regierung darstellt, brauchen wir wohl niemandem zu erzählen; sie hätte lediglich für die Möglichkeit gestanden, Margret Thatcher als personifizierte Politik endlich loszuwerden. Diese mögliche Entwicklung hat sich quasi selbst erledigt.



In der Poll-Tax-Debatte sah es bisher so aus, als würde Labour, einmal an der Macht, die Kopfsteuer so weit wie sie durchführbar ist, beibehalten und allenfalls ein paar Ecken abschleifen. Ähnliches läßt Michael Heseltine erwarten, der von Major mit der "Reform der Poll Tax" beauftragt wurde.

Ganz unabhängig davon, wie die nächsten Wahlen ausgehen werden, wird die Poll Tax mit all ihren Verfahren und Verknastungen die britische Gesellschaft noch über Jahre beschäftigen. Ob sie auch ohne Thatcher noch als sozialer Zündstoff taugt, wird sich zeigen; erinnert sei an dieser Stelle nur an das rasche Einschlafen oder Zerfallen vergleichbarer Bewegungen hier. Es wird für den militanten Widerstand darauf ankommen, das große Interesse an dieser "sozialen" Frage zu einem generellen Interesse an anderen politischen Inhalten zu wandeln. Entscheidend ist hierbei der Punkt, inwieweit es der — überwiegend weißen — militanten Bewegung gelingen wird, sich mit den doppelt und dreifach betroffenen schwarzen und asiatischen Gruppen zusammenzuschließen. Wie sich die Bedingungen für die militante Linke in GB nach Thatchers Abgang entwickeln werden, können wir im Moment nicht einschätzen. Zwei Extreme sind denkbar: Als Person hat Maggie den geballten Haß aller auf sich gezogen; es könnte also sein, daß dem Widerstand durch ihr Verschwinden ein großer Teil an Sympathie und Unterstützung wieder verloren geht. Politisch hat die Thatcher-Ära die Linke, wie alles andere auch, ziemlich zurechtgestutzt; mit dem Fall von Thatcher als Symbol könnte auch die Hoffnung auf neue Möglichkeiten von politischem Kampf entstehen. Wer mehr Interesse an der Poll-Tax-Geschichte hat, privat oder für Veranstaltungen, wende sich entweder an uns oder direkt an:

Trafalgar Square Defendants Campaign c/o Haldane Society, Panther House , 38 Mount Pleasant, London WC 1 X 0AP England.

Counter Information, (ein Inforundbrief) Pigeonhole CI, c/o 11 Forth Street, Edinburgh, UK.

Attack International, ("Autonome"/Broschüren) BM 6577, London WC 1 N 3XX, England.

Videos zur Poll Tax gibt's im MPZ, Thadenstraße 130a, 2000 HH 50.

Drücken in Deutschland

Ein Problem kann zum Fiasko werden, wenn es nicht rechtzeitig erkannt wird. Ein linker Standpunkt in der Drogendiskussion ist schwer auszumachen. Verindividualisierung und hilfloses Rumstochern zwischen groben Analysen und "Unsere Viertel"-Strategien sind die häufigsten Herangehensweisen. Die Anderen sind da schon weiter.

Aus einem Flugblatt, verteilt auf dem Ruff Ruff & Ready Konzert in der Kieler Meierei (überschrieben mit "Krieg den Begierden"): "Die Strategien der Herrschenden gegen uns wären kein Problem, wenn sie nicht funktionieren würden." Ach ja.

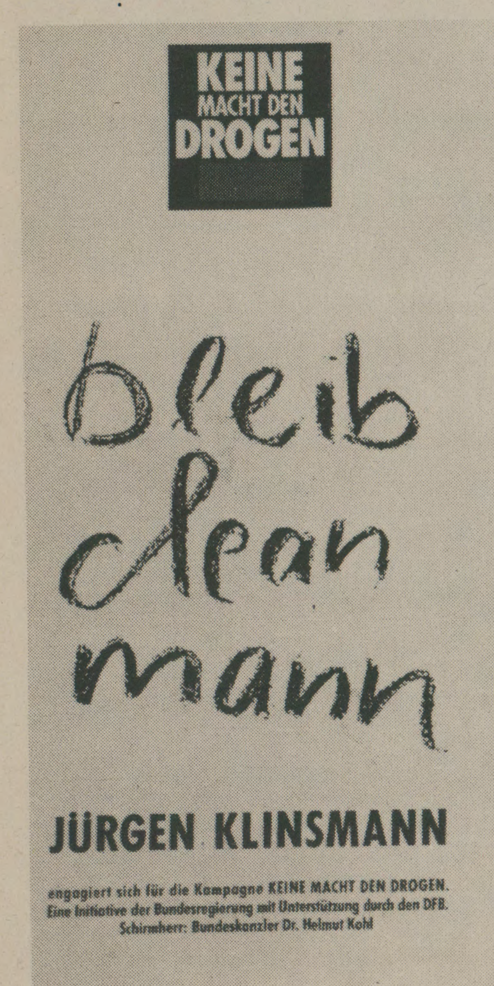
Die 80er Jahre begannen mit einem erstaunlichen Ausmaß an begleitenden Veröffentlichungen zur "Drogenwelle". "Christiane F." erscheint im Stern als Serie, dann als Buch und schließlich auch als Film, der Spiegel läßt sich auch nicht lumpen und zieht mit einer Serie nach. Die Bürgerpresse entwirft dramatische Szenarios - "Dealer auf Schulhöfen" - und zeichnet Milieu-Portraits wie das vom "Jet-Set-Kokser". Bei uns Linksradikalen kursieren "Heroin in die Ghettos"-Plakate, eine handvoll Straight-Edge'ler verdutzen Vokü-Tresenleute mit dem Wunsch nach Mineralwasser und Malzbier. Die 90er fingen ähnlich an: Wieder eine - selbstverständlich noch größere - "Drogenwelle", wiedermassive publizistische Aufarbeitung (Serien in Stern, Spiegel, Welt und Morgenpost), neue Plakate ("Heroin Dealer verpißt euch"), Drogenplena. Grundlegende Neuerungen oder Veränderungen sind eigentlich nicht festzustellen; nach wie vor wird verkauft und gedrückt, gestorben und verdient. Verschoben hat sich allerdings der Tenor vieler Artikel. Eine ernüchterte Grundhaltung macht sich breit und verdrängt die hysterische Vision vom Hasch-Lollies verteilenden Dunkelmann zusehends. Deutlich wird dies in der lakonischen Veröffentlichung der aktuellen Totenquote und in der Art, wie beispielsweise über Beschlagnahme-Aktionen ("Neuer Rekord! 50 Kilo!!") berichtet wird. Heroinkonsum bzw. -handel entemotionalisiert sich, wird zum Problem für die Stadtreinigung (Fixen in Sandkisten), blockiert die Verwaltung (unzählige Verfahren) und ist generell eine häßliche Narbe am expandierenden Hamburg. (In den Berichten der Hamburger Morgenpost über die hiesigen Aktivitäten verhafteter kolumbianischer Schmuggler blitzte allerdings fast soetwas wie Lokalpatriotismus auf, war man doch Teil des internationalen "Krieges" der USA gegen das Drogenkartell.) Was die Hamburger Bürgerpresse - und nicht nur die - betrifft, so ist Heroin auf dem Weg zu einer gewissen Anerkennung, ein Geschäft eben, daß durch seine exotischen bzw. "schmutzigen" Begleiterscheinungen immer für Schlagzeilen gut ist (nur immer noch nicht bei den Börsenberichten), vielleicht vergleichbar mit Artikeln über die Chemiefabrik Boehringer oder Asbest in Kindergärten. Mit dem kleinen Unterschied: Junk läßt sich nicht stillegen (jedenfalls hier nicht), Junk bleibt. Das weiß auch Henning Voscherau, Bürgermeister und Sozialdemokrat, der,im Unterschied zu CDU-regierten Bundesländern, eine Politik fährt, die von taktischem Umgang auf verschiedenen Ebenen geprägt ist. Erstaunen rief sein Vorschlag hervor, "Heroinabhängige, denen anders nicht zu helfen ist" (was immer das heißen mag), Drogenrationen unter ärztlicher Aufsicht vom Staat beziehen zu lassen. War das jetzt schon die Anerkennung von Heroin als der konsequentesten Handelsware im freien Westen? Jein. Der vollmundige Vorstoß ist ein Planspiel mit dem vorrangigen Ziel, die Beschaffungskriminalität in den Griff zu bekommen, und dabei wird es auch bleiben. Der Zustrom von "Heroinabhängigen, denen nicht mehr anders zu helfen ist" in die Stadt, die nicht gerade von fortschrittlichen Projekten überquillt, wäre beträchtlich.

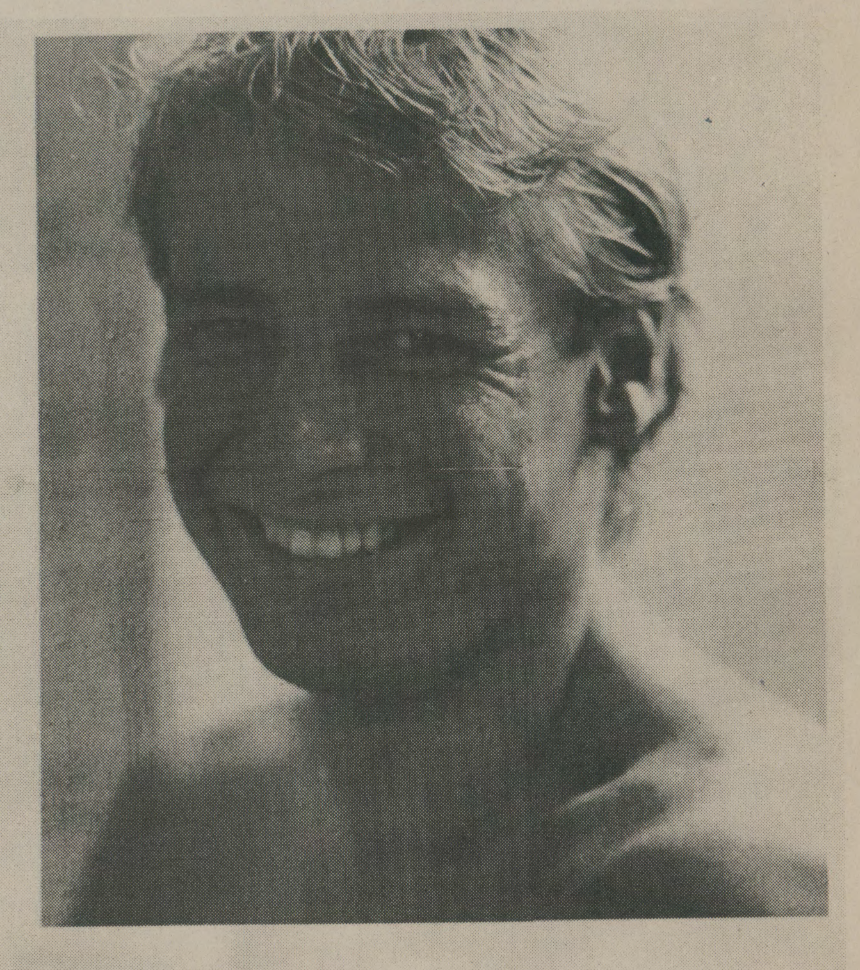
Voscheraus Logik folgend, ist sein Vorschlag sowieso nur national, am besten wahrscheinlich europaweit durchzusetzen - also gar nicht. Hier profiliert sich ein zynisches Großmaul auf dem Rücken von Entzugswilligen und ihren Angehörigen: Wo vorne der vermeintlich "revolutionäre" Vorschlag steht, ist hinten in der Praxis fast nichts; zu wenig Entgiftungsplätze, keine Drückerstuben, kaum Therapieplätze usw. usf. Staatliche Drogenpolitik setzt immer dann ein, wenn bestimmte Grenzen überschritten wurden, z. B. hohe Beschaffungskriminalität, steigende Totenquote in der Mittelschicht (Voscherau: "Der 53. Hamburger Drogentote des Jahres 1989 kommt aus meinem Bekanntenkreis", Spiegel 41/90). Dabei teilt sie sich in zwei Richtungen: die medizinisch und die rechtsstaatliche. Erstere ist ein mörderisches Gepoker um Therapieplätze und Methadonabgabe zwischen Betroffenen, Krankenkassen, Gesundheitsbehörde und der Verwaltung. Die rechtsstaatliche versucht sich derweil am Kampf gegen Windmühlen, d. h. Razzien und Verhaftungen, die allenfalls eine kurzfristig regulierende Wirkung haben. Ein stinknormaler Vorgang (Kaufen und Verkaufen) im "freien Spiel der Kräfte" (Markt) erhält aufgrund der Tatsache, daß der Gegenstand des Handels illegal ist (Heroin) zusätzliche Motivation (Preisgefälle, Qualitätsunterschiede) - so simpel wie Dallas, und der chronisch betroffene Stefan Aust (Spiegel TV) liefert die "Lindenstraßen-Komponente" (hilflose Bullen! Verzweifelte Eltern!) dazu.

Alles, was von staatlicher Seite darüber hinausgeht, ist nicht die Strategie gegen die Droge, sondern die Strategie *mit* der Droge. Ein echter Klassiker wird gerade in St. Georg aufgeführt: Der Hansaplatz, beliebter Junkie-Treff, wird rund um die Uhr von Bullen belagert, und die Junkies - tatsächlich - suchen sich neue Orte. Auf den Effekt der Aktion angesprochen, kommen von offizieller Seite Texte wie: "(...) Und wenn man die Dealer einmal um die Stadt jagen muß, dann muß das eben gemacht werden." Um die Stadt jagen ist nicht ganz richtig; hier wird wohlweislich verschwiegen, wohin sie gejagt werden. Hier handelt es sich eben nicht um ein Engholmsches "Wat-mutt-dat-mutt", hier wird manövriert mit dem

Wissen anderer Regierungen (Zürich, Amsterdam), daß sich per Heroin Viertel kaputtmachen lassen, Häuser geräumt und Strukturen ausgehebelt werden können. Wohlgemerkt: Das, was hier zur Zeit praktiziert wird, die faktische Besetzung eines Stadtteils mit der lauen Begründung, den Heroin-Handel eindämmen zu wollen, läßt sich mit etwas Geschick ohne weiteres auf andere "Problemgebiete" ausdehnen. Die zur Zeit gefahrene Strategie richtet sich gegen gegen den eingangs erwähnten "Dunkelmann", was insofern ungenau ist, als daß das diffuse Schreckgespenst vergangener Tage durch rassistische Regierungen und Senate großdeutschlandweit konkret definiert wird: Die "Ausländer", gemeint sind meistens Türken, Kurden und Asylanten aus Gambia. Aus dem vorprogrammierten Scheitern der Maßnahmen gegen den Heroin-Handel wird flugs ein stammtischerprobtes Argument zur Verschärfung von Anerkennungsverfahren bzw. zur vereinfachten beschleunigten Abschiebung. Auf der untersten Ebene wird von den Bullen publikumswirksam "aufgeräumt", anderswo ist man schon weiter. Wieder Voscherau: "Wird (jemand) trotzdem als Drogenhändler erwischt, überführt und verurteilt, dann muß eine Verurteilung auch bei schwebendem Asylverfahren zur sofortigen Abschiebung führen können. Da ist keine grundsätzliche Änderung des Asylrechts notwendig." Übergangen werden dabei selbstverständlich die Verhältnisse und Zukunftsaussichten der meisten "nichtarischen" Asylbewerber (Arbeitsverbot, Käfighaltung, kein Geld). Heroin als ein praktischer Baustein in der Festung Europa. Wenn sich aus dem oben beschriebenen so etwas wie eine Bilanz ziehen läßt, dann am ehesten die, daß nach dem Wirbel Anfang der achtziger Jahre allmählich Ruhe einkehrt. Eine Ruhe, die bestimmt ist von geschäftigem Kalkül und dem Balance-Akt zwischen Strategie (hier: Untergrabung des Asylrechts) und der "öffentlichen Meinung". Da sich Heroin nicht "wegverbieten" läßt, wird versucht, daß Umfeld unter Kontrolle zu halten und bei Gelegenheit die eine oder andere Schweinerei durchzuziehen - "Heroin" legitimiert so ziemlich alles. Der Endzustand ist dann erreicht, wenn die Droge und ihr Umfeld den gesellschaftlichen Stellenwert haben, den heute die Prostitution mit allem, was da dranhängt, einnimmt. Was heißt, daß Frauenhandel, Erpressung und Mißhandlung hier selbstredend verboten sind - nur bedeutet das nicht, daß Frauenhandel, Erpressung und Mißhandlung hier verboten sind. Es geht schon lange nicht mehr um legal und illegal, hier geht es um Organisation, das Wer?, das Wo? und das Wie? Und genausowenig wie es ein Widerspruch ist, daß Frauen direkt vor der Davidswache anschaffen, genauso wird es kein Problem sein, wenn die Deals z. B. in Steilshoop (HHer Hochhausghetto) getätigt werden - freie Marktwirtschaft eben.

Und bei uns? Das anfangs zitierte Kieler Flugblatt weht wie ein Relikt vergangener Zeiten zum Leser; von genialem Schwachsinn ("Zuerst werden Drogen den Unzufriedenen zur Verfügung gestellt (!) und gleichzeitig werden die Konsumenten als Kriminelle verfolgt.") bis zur Denunziation Gorm Grimms (liberaler Kieler Arzt, der Remedacen auf Rezept verschreibt) als neuem Dealer-Typus ("Neue Leute antörnen und nichts machen, was ernsthaft helfen könnte runterzukommen, damit gingen ja Patienten (= Profite) verloren.") ist so ziemlich alles reingeschrieben, was die anfangs der Achtziger oft ungenau geführte Diskussion über den Umgang mit der Droge in unseren Zusammenhängen ausmachte. Der Punkt, der in dem Kieler Flugblatt zurecht kritisiert wird, behandelt den leichtfertigen Umgang mit "Dealer raus" bzw. "Heroin Dealer verpißt euch"-Parolen. Wurde in der Aufarbeitung der alten Friedensbewegung die Parole "Yankees raus"





als eindeutig nationalrevolutionär denunziert, so scheint sich das Verwenden von XYZ-raus Forderungen immer noch größter Beliebtheit zu erfreuen. Der Unterschied muß wohl darin liegen, daß sich erstere auf Deutschland bezieht, die zweite aber auf "unsere Viertel", und das war ja schon öfters Grund genug, um alle Vernunft fahren zu lassen.

Gerade in der jetzigen Situation, in der offen mit Abschiebung für "ausländische" Dealer und Verbraucher gedroht wird, Heroin zur Durchsetzung rassistischer Politik verwendet wird, ist es zwingend, unsere Position genauer zu fassen als ein tumbes "raus". Die Nähe zu rechten Parolen ist frappierend, und genau betrachtet ist Voscherau derjenige, der dieses "raus" am konsequentesten fordert. Linke Argumentation in der Drogendiskussion muß von der Benennung der Umstände und Mechanismen bestimmt sein, ein Ansatzpunkt, der auch bei der Analyse "Heroin in die Ghettos" gilt; auf der einen Seite natürlich richtig, d. h. Heroin wurde und wird von staatlicher Seite gern genommen wenn es um die Lösung bestimmter Probleme geht — auf der anderen Seite wird es sich damit auch einfach gemacht: das Monster Staat liefert die Droge in "unsere Viertel", kriminalisiert Dealer und Verbraucher, räumt Häuser und buchtet GenossINNen ein (siehe auch Sprüh-Parole "Bullen + Heroin = 2 Wege, 1 Ziel). Das ist zwar schön simpel, nur leider fehlt die Hälfte, denn: erstens wird dabei das eigene Verhältnis zu Drogen so gut wie nie thematisiert (wozu auch, die Droge kommt ja von "außen"), zweitens ist die Analyse statisch, d. h. so unbeweglich, daß sie die Feinheiten der staatlichen Taktik mit der Droge nicht bemerkt bzw. kaum benennt — es sind in den seltensten Fällen Spitzel, die Drogen verkaufen, also Heroin "in die Ghettos bringen". Das Benutzen von Heroin zur Durchsetzung ihrer Ziele setzt auf einer anderen Ebene ein, was heißt, daß von staatlicher Seite gar kein unmittelbarer Zwang besteht, die Droge in "unsere Viertel" zu pumpen, daß erledigt sich schon von selbst, und warum das so ist... tja.

"Heroin-Dealer raus" und "Ihre Strategie: Heroin in die Ghettos" sind die Parolen den vor Angst gelähmten Kaninchens, das auf die Schlange starrt. Um überhaupt wieder handlungsfähig zu werden, ist Flexibilität und Genauigkeit von Nöten; in der Öffentlichmachung und Denunzierung "ihres" tödlichen Jonglierens mit der Droge und bei der Diskussion in den eigenen Zusammenhängen.



Die-Bühne-ist-zu-niedrig-Die-Halle-zu-klein-her-mit-den-Frauen-Wir-sind-die-Superhelden

Obwohl speziell in Hamburg viele viele (böse Zungen mögen meinen: viel zuviele) Konzerte stattfinden — was ja nicht zuletzt damit zu tun hat, daß jeder Idiot (und auch viele Idiotinnen) Musik macht und sich nicht scheut, mit fünf Akkorden auf Europa-Tour zu gehen — und immer weniger Leute ihren Arsch in Bewegung kriegen, um diesen Aufführungen beizuwohnen (was ja niemanden wundert, wenn man bedenkt, wieviel Dosenbier man derweil von diesen Preisen, deren mysteriöse Entstehung auch noch zu untersuchen wäre, zu Hause oder sonstwo bezahlen und vor allem vertilgen könnte), also obwohl das Verhältnis Angebot-Nachfrage sich äußerst ungünstig für die Anbieter darstellt, ereignen sich immer wieder Ereignisse, die einen eher das Gegenteil vermuten lassen würden.

Wir sind bei unseren Freunden, den Superheros, die uns — mit oder ohne Sonnenbrille — immer wieder an dem Sinn von Live-Musik zweifeln lassen. Rock'n'Roller, die nicht nur rigeros eine dreiviertel Stunde lang A spielen können, sondern auch schon mal gerne unaufgefordert ihr Geschlechtsteil herzeigen oder das Publikum dumm vollsülzen (und das nicht, um herauzufinden, wieviel sich ein Mensch so gefallen läßt, sondern weil sie einfach der Meinung sind, daß das dazugehört). Bands, die schon seit Jahren sich lieber noch so vollaufen lassen würden und wenn schon ewig dieselben Songs spielen, dann vielleicht lieber im Sessel oder auf'm Barhocker. Aber auch junge Bands, die, obwohl erst das zweite oder dritte Mal auf einer richtig großen Bühne, schon ganz genau wissen, wie man das Superarschloch darstellt. Wobei ich damit keineswegs sagen will, daß eine größere Bühne eine größere Qualität, in welcher Form auch immer, verspricht, voraussetzt oder sonstwas.

Aber auch in der etwas kleineren Abteilung — nennen wir sie mal die Club- und Jugendzentren-(oder Autonome Jugendzentren-) Liga — kommt es immer wieder zur der einen oder anderen netten Überraschung, da gerade hier die Ansprüche der Bands, die da jetzt, wo sie langsam schon wer sind, binnen kürzester Zeit enorm wachsen können. Und was wären so neu gewonnene Ansprüche und Gewohnheiten, wenn man sie nicht zu passender Gelegenheit laut und unfreundlich von sich gibt? Wobei in der JUZ-Abteilung erschwerend hinzu kommt, daß man sich nie sicher sein kann, daß nicht zwischendurch spontan die Band des besten Freundes des Veranstalters oder die des Hauskiffers ihr brandneues Repertoire zum besten gibt — nervtötender Weise.

Kommen wir nun aber endlich zu den Arschlöchern des Quartals. Wir haben lange überlegt, ob hier nun Namen genannt werden dürfen oder nicht. Nicht weil wir ernsthaft Bedenken gegen solche Art Denunziation gehabt hätten, eher weil es sich ja wohl so gehört, derartiges lange zu überlegen.

Die Band, die das langanhaltenste Bedürfnis bei mir hinterlassen hat, Selbstgefälligkeit unter Strafe zu stellen und je nach Ausmaß sofort zur Vollstreckung (Vierteilen oder Steinigen) zu schreiten waren: **Schließmuskel.**

Das jemand das dicke Geschäft im Abklatsch der "Hosen" oder der frühen "Zitronen" wittert und dies nur sehr mittelmäßig bis peinlich realisiert kriegt, ist ja noch keine Untat, vielleicht eher Geschmacksache oder eine Frage, wozu man sich so hergibt (immer noch besser als Taxifahren). Aber das Nicht-Abreißen-Wollen der artikulierten Selbstbefriedigung dieser vier jungen Männer schreit nach einem Umdenken in Sachen Gewalt auf Konzerten. Nicht nur, um seinen eigenen biochemischen Aggressionstau (den es ja eigentlich gar nicht gibt) abzubauen, sondern auch, um den einen oder anderen Interpreten dazu zu bewegen, eben diesen gar nicht erst zu provozieren.



HOLSTEN EDEL

HOLSTEN

Hein-Hoyer-Straße

Reeperbahn

Curry

Forderu... ...tive ...den Erhalt der H...

AUFRUF

HAFENSTRASSE VERTEIDIGEN,
DEN KRIEG STOPPEN - JETZT!

HAFENSTRASSE

Hellwach, munter und tauffrisch

Supportact gastronomischer Betriebe auf ...
Hafenstraßenhäuser, deren Kneipen, Ca...

Aufruf zur bundesweiten Hafen...

HAFENSTRASSE BLEIBT !
Die Häuser denen die drin leben !

BLOCKIERT - SABOTIERT - DESERTIERT

Vorbereitungstreffen: Dienstag, 5. ...

...n der GWA St.Pauli

...STRASSE
walk alone!

...em Kiez für den Erhalt der ...es und Veranstaltungsräume

Unsere Solidarität mit den gastronomischen Betrieben und den Bewohnern der ...

Wohnung gesucht?

Wo? denn?

HAMBURG OHNE HAFENSTRASSE
ist wie BUNDESLIGA ohne FC St.PAULI

HAFENSTRASSE you'll never ...

Viele werden sich fragen, was die Hafenstrasse mit unserem FC St.Pauli zu tun hat. 'Ne ganze Menge, sagen wir! ...r Verein lebt von und mit seinem Umfeld, dem Stadtteil St.Pauli. Deshalb können und wollen wir Entwicklun-... ...n diesem Stadtteil nicht losgelöst von unserem Verständnis als Fußballfans betrachten und ... ...unsere Meinung zu äußern und tatkräftig zu agieren, wo dies notwendig ist. Die... ...ortdome- und Mehrzweckhallenplanung so und wird beim Kampf um die ... ...hnet sich durch sein vielfältiges und buntes Leben aus. Hier hat der ... und ...bendiger Ausdruck dafür.



Was noch hinten rauskam

Die Tücke der dreimonatigen Erscheinungsweise hat uns mit der ersten Ausgabe gleich doppelt eiskalt erwischt: das Urteil gegen die Hafenstraßen-Häuser ist ausgesprochen und am Golf tobt der Krieg.

Zum Hafen-Urteil läßt sich anmerken, daß sich die liberalen bzw. bürgerlichen Unterstützer inzwischen in der Situation befinden, in der sie die Frage, was ein Urinbeutel (Beweis für "Gewalt aus den Häusern") mit dem bürgerlichen Gesetzbuch zu tun hat, stellen müssen. Laut sozialdemokratischer Gerichtsbarkeit nämlich sehr viel. Gefreut haben wir uns jedenfalls über die große Spontandemo in der Nacht nach dem Urteil (genauso wie über die Massen auf der Rosa Luxemburg-Demo in Berlin, O-Ton "Tagesschau": "Erstaunlich").

Etwas weniger gefreut haben wir uns über den Kriegsausbruch

am Golf; zum einen, weil es ein Krieg ist und zum anderen, weil es einen längst verschwunden gehofften Haufen wieder aktivierte: die deutsche Friedensbewegung ist wieder da!

Völlig losgelöst von jeglichem rational-analytischen Denken, wälzen sich Horden von Demonstranten durch die Straßen, sich gegenseitig die Bäuche pinselnd ob der Tatsache, daß sie wirklich das friedlichste Volk der Welt sind. Unsere Hitliste der schwachsinnigsten Parolen (erstellt auf der Demo drei Tage vor Kriegsausbruch) geht von "Multikulturelle Mütter — sagt Nein!" und "Wir brauchen intelligentere Lösungen" über "Hitler, Stalin, Hussein" und endet bei den Deutschen, die mal wieder souverän Täter und Opfer verwechseln und weinerlich ihre eigenen Kriegserfahrungen als Grund für ihr friedensmäßiges Engagement angeben. Wenn — wie hier in den Zeitungen stand — wegen der, von wem auch immer ausgelösten Ölpest "Schwarzer Schleim auf die Erde niedergeht", dann hoffentlich besonders viel davon auf dieses schreckliche Land.

Prognose für die kommenden Debatten bei uns: Wiederaufkommen der Israel-/Zionismus-/Boykott-Diskussion und der nicht unwesentliche Bestandteil dieses Krieges: der Zusammenprall der christlich-zivilisierten Welt mit den "moslemischen Barbaren".

Zu ersterem sei an den Versuch von Teilen der erwähnten Friedensdemo erinnert, die "Boykottiert Israel"-Parole anzustimmen, was glücklicherweise nur ein Versuch blieb. Lag 's nur an der parallel stattgefundenen Rangelei mit den Bullen?

Zum zweiten Thema wird bei uns bereits diskutiert, mehr dazu in der nächsten Ausgabe. Für beide gilt: Meldet Euch, laßt uns was lesen.

Ein letzter Gruß an die Schülerinnen und Schüler, die sich weder von der tumben Schulsenatorin, noch von den Mitbürgern in Uniform belästigen lassen.

Bis April.

Impressum

Die 17°C erscheint vierteljährlich im Eigenvertrieb. Der Verkaufspreis beträgt 4,50 DM. Bestellbedingungen und Lieferbedingungen für WiederverkäuferINNEN und Buchläden können angefordert werden oder befinden sich als Extra-Information im Heft.
Es gilt Anzeigenpreisliste 1 vom Dezember 1990. Das Gestalten von Anzeigen ist nach Absprache möglich.

Verantwortlich für den Inhalt:
Frank Unfrei

Für eingesandte Manuskripte usw., aber wir freuen uns natürlich über alle möglichen Zuschriften.

Redaktionsadresse:
17°C
c/o
Café + Buch
Holstenstraße 186
2000 Hamburg 50

Bankverbindung:
Sonderkonto:
Postgiro Hamburg
(BLZ 200 100 20)
Kto.-Nr. 668602-208

ABO-SCHNIPSEL

Wem die 4,50 DM + 1,20 DM Portokosten für Einzelbestellungen (Überweisung oder Briefmarken) zu viel und der Weg zur Post zu weit ist; wer nicht einmal mehr zum nächsten vernünftigen Buchladen gehen mag, weil der Anblick des Deutschen an sich eine visuelle und sonstige Qual ist, für den/die gibt es die Möglichkeit die 17°C zu abonnieren. Für 20 DM gibt es vier Nummern inkl. Porto. Überweisung bitte vorab auf das Sonderkonto 17°C beim Postgiroamt Hamburg (BLZ 200 100 20) Kto.-Nr. 668602-208. Bitte auf dem Überweisungsschein deutlich Namen und Adresse eintragen. Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Füllt bitte auch den Abo-Schnipsel leserlich aus.

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNR., POSTFACH ODER SOWAS

PLZ, ORT

Ich möchte die 17°C ab Nr. ________
für 1 Jahr abonnieren.

Den Betrag von DM 20,– habe ich
bereits auf das Konto überwiesen ☐
in Briefmarken beigelegt ☐

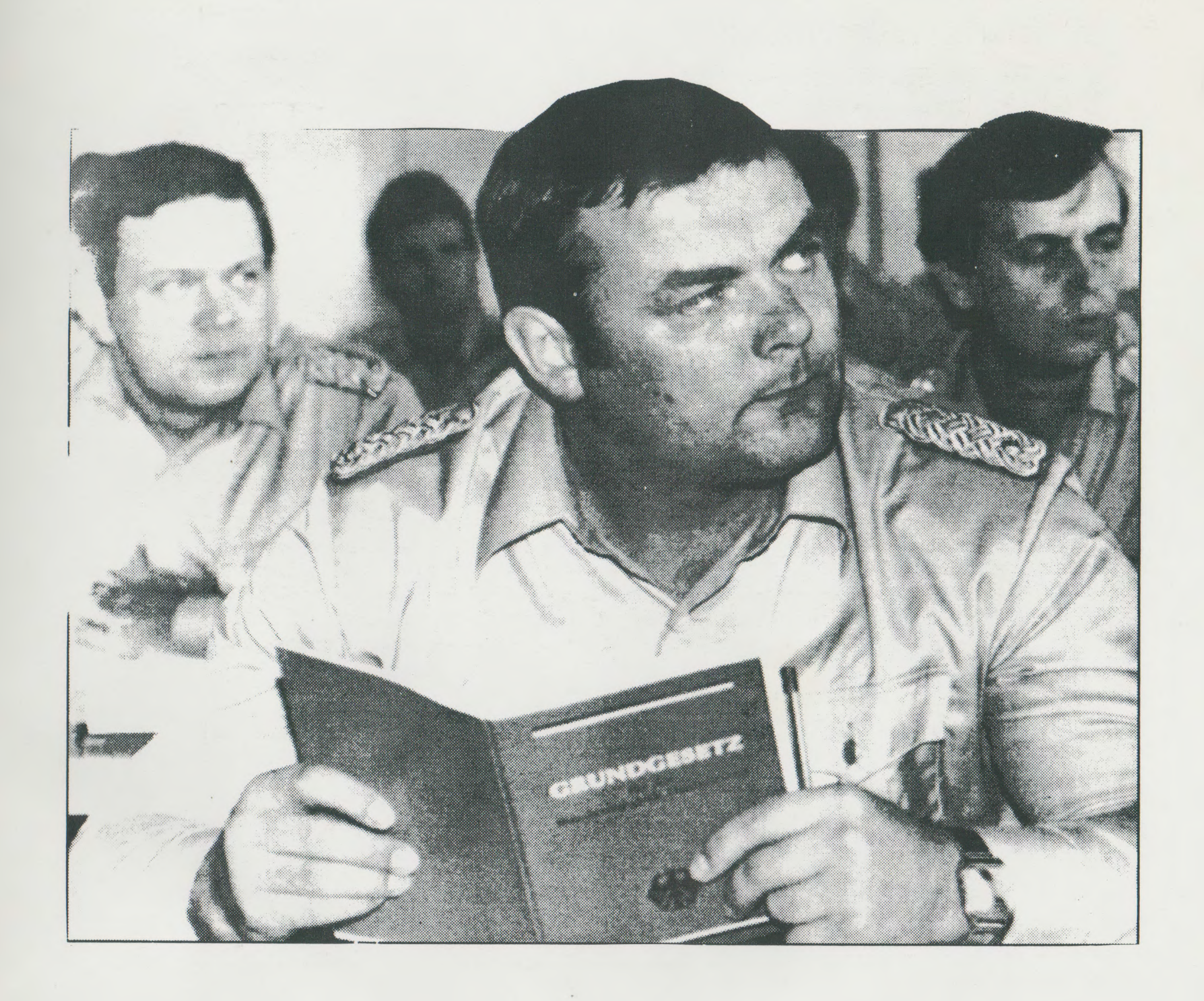
(zutreffendes bitte ankreuzen)

Bei der Zusendung von Manuskripten bitten wir folgendes zu beachten:

Sofern möglich, bitten wir um die Zusendung von 3,5-Zoll-Disketten. Der Text sollte korrekturgelesen und im ASCII-Code abgespeichert sein. 5,25-Zoll-Disketten sind ebenfalls willkommen. Wer nicht im ASCII abspeichern kann, verzichtet bitte auf alle Formatierungen (fett, kursiv etc.) und schickt unter Angabe des Textverarbeitungsprogramms einen Druckerauszug mit, auf dem die zu verändernden Stellen, also Zitate, Zwischenüberschriften etc. markiert sind.

Apple Macintosh-Daten können im jeweiligen Programm abgespeichert an uns geschickt werden.

Mit Schreibmaschine erfasste Texte: bitte über maximal 2/3 der Breite des A4-Formats, eineinhalbzeilig und gut lesbar.



Inhalt

